

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungliste

## Und die Gehälter der Schwerverdiener?

Die Regierung der Frontsoldaten hat sich mit der Bezahlung der Großpensionäre befaßt; das Kabinett der Barone wendet seine Aufmerksamkeit den industriellen Schwerverdienern zu. Als die erstere abermals einen Griff in die proletarische Tasche getan hatte, meldete sich bei ihr das christlich-nationale Gewissen. Sie ließ kund und zu wissen tun, daß die Großpensionäre mittels eingeschriebenen Briefes gebeten werden sollten, auf einen Teil des ihnen aus dem bedenklich leeren Steuersäckel fließenden Geldes zu verzichten. Wieviel von den gut nationalen Großpensionären etwas von ihrer fetten Pension dem in schwerer Not steckenden Vaterland geopfert haben, ist leider nicht bekannt geworden. Die Abdankung des Kabinetts der Frontsoldaten ging sehr hastig vor sich, so daß der gute Adam Stegerwald nicht dazu kam, die allgemeine Neugierde zu befriedigen. Es ist uns daher die Möglichkeit vorenthalten geblieben, die hehre nationale Gesinnung der Großpensionäre an einem Beispiel wahrnehmen zu können.

Das Kabinett der Barone nun, gleichfalls von christlich-nationalem Gewissen bedrückt, hat sich die fetten Gehälter in der Industrie zum Ziel des Strebens genommen. Das wird jeder rechtlich denkende Bürger begrüßen, denn es handelt sich da um einen netten Skandal. Man bedenke:

Viele industrielle Unternehmen und Banken sind bankrott. Sie müssen weitergeführt werden mit Steuergrößen, mit Hunderten von Millionen Mark, die gute Teile aus der hungernden Masse in irgendeiner Weise gequetscht werden. Diese nämlichen Unternehmen aber zahlen nach wie vor ihren leitenden Beamten unerhört hohe Gehälter.

Da sind, um ein paar Beispiele zu nennen, die Verbandsdirektoren und Kartellsyndici, die an dem windigen Stand ihrer Unternehmen ein vollgerüttelt Maß von Schuld haben. In ihrer Übergeschnaptheit und Kurzsicht haben sie ihr Kapital fehl anlegen, das heißt verpulvern lassen. Viele der Verbände und Kartelle sind offenbar nur zu dem Zweck gegründet worden, um Fettämtern für die Gründer und ihr Geschmeiß zu schaffen.

Die Kartelle heischen einen hohen Teil, in der Bergwerks-Zeitung hieß es 15, 18, ja 20 vH des Umsatzes ihrer Mitglieder. Über die wirtschaftliche Nützlichkeit dieser Kartelle und Verbände, die solche Tribute erheben, gehen die Meinungen weit auseinander. Was diese Organisationen finanziell treiben, entzieht sich der Öffentlichkeit. Man weiß nur, daß sie von den Tributen unerhörte Summen in die Taschen ihrer leitenden Leute gleiten lassen. So bekommt der Direktor des Röhrenverbandes nach einer unbestrittenen Meldung 110 000 M; die Bezüge des Syndikus des Verbandes der Zigarettenindustrie werden mit 120 000 M angegeben; die Direktoren des Ostelbischen Braunkohlensyndikats haben ebenfalls phantastisch hohe Gehälter. Aus dem Geschäftsbericht des Stahlverbandes geht hervor, daß allein der Direktionsvorstand dieses einen Verbandes im letzten Jahr nicht weniger als eine Viertelmillion gekostet hat. Nun erwäge man, daß die Großisenindustrie allein etwa 30 verschiedene Kartelle und Syndikate hat, die von einem Rattenschwanz von Direktoren und Syndici verwaltet werden, wovon ein jeder ein Gehalt hat, von dem Dutzende, wenn nicht Hunderte von Arbeiterfamilien leben könnten.

Das ist indessen nur ein kleiner Ausschnitt aus dem himmelschreienden Skandal, den die maßlos übertriebene Bezahlung von wirtschaftlich meist nichtsnutzigen Posteninhabern darstellt. Und für dieselben Gewerbe und Unternehmen müssen Subventionen in Millionenschwere gegeben werden. Man weiß, wie die kapitalistische Presse über die „erdrückenden Tariflöhne“ heult, man weiß, wie sie unausgesetzt die Herabsetzung der Löhne und der sozialen Unterstützungen für unbedingt notwendig erklärt, um die „durch die maßlosen Forderungen der Gewerkschaften ruinierte Wirtschaft“ zu entlasten. Wir haben uns nie um die Berechtigung dieser Schreie bemüht, wir haben nie einen Pfifferling auf die Behauptung gegeben, die Wirtschaft könne die Löhne nicht tragen — weil wir das alles für Schwindel und Humbug halten, so lange halten, als die angeblich erdrückte Wirtschaft noch Millionensummen für ganz überflüssige Fettämter hat. Erst wenn diese Luderwirtschaft abgestellt ist, werden wir uns mit der Berechtigung der Behauptung, die Löhne erdrückten die Wirtschaft, befassen.

Da nun viele von den angeblich am Hungertuch nagenden Unternehmen von öffentlichen Mitteln gespeist werden, so hat das Kabinett der Barone, bekanntlich ganz von der Wahrung der nationalen Belange übermannt, verlaublich lassen, daß es die Gehälter der vom Reich irgendwie subventionierten Betriebe in Einklang mit den Beamtengehältern bringen wolle. Seit der Verlautbarung sind aber schon wieder etliche Wochen vergangen, ohne eine entsprechende Tat zu sehen. Gewiß soll bei den zuständigen Stellen die Sache im Gange sein, es soll schon einen Anlauf gegeben haben, man ist sogar, wie es heißt, dabei, sich grundsätzlich darüber zu einigen, wo gestrichen werden soll. Das riecht bei Gott nach den eingeschriebenen Briefen des Kabinetts der Frontsoldaten an die Großpensionäre. Oder nach Wahlspeck! Und noch nach etwas anderem!

Seltsam, seltsam: wenn es um die Kürzung der Renten, Unterstützungssätze oder Löhne von vielen Millionen armer Teufel geht, folgt der amtlichen Verlautbarung die Tat auf dem Fuße. Wenn es aber um die Kürzung unerhört hoher „Entbehrungslöhne“ von nur zehntausend Schwerverdienern geht, dann verlaublich wochenlang, wird eine halbe Ewigkeit nach einer prinzipiellen Einigung gesucht — und die Tat folgt nie.

Von einer Regierung, die ganz christlich-nationales Gewissen ist, darf man jedoch nicht annehmen, daß sie es staatlich subventionierten Betrieben noch weiter gestatten werde, unverantwortlich hohe Gehälter zu zahlen. Sie wird es mit ihrer Absicht ernst nehmen. Nur nach der Zeitdauer, in welcher Ernst gemacht wird, darf man nicht fragen. Denn das ist doch eine verteuft schwierige Materie, besonders für eine Regierung wie die, die uns zur Zeit beglückt. Die Regelung einer solchen Materie braucht Zeit, mehr Zeit, als einem Geschlecht zum Leben vergönnt ist.

## In Oldenburg Das Dritte Reich angebrochen

Bei den letzten Landtagswahlen erhielt in Oldenburg die nationalsozialistische Partei 48,4 vH der Stimmen. Wo sich das Volk in solchem Maße zum Hakenkreuz bekennt, muß seine Fahne aufgepflanzt werden. Oldenburg bekam eine rein nationalsozialistische Regierung. Zunächst wurde die Geschichte mit der Parteibuchbeamten-Herrschaft geregelt, und zwar so: Ministerpräsident wurde Herr Röver. Er hatte es bei Kriegsausbruch, wie er es im Reichstagshandbuch niedergeschrieben hat, zum selbständigen Manufakturisten gebracht. Außerdem ist er noch Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Oldenburger Landtags, Gauleiter der NSDAP, Vertreter des großen Adolf und noch ähnliches mehr. Ein wahrhaftiger Mammut von Pöstchen — natürlich kein Parteibuchbeamter, die es nur bei den Marxisten gibt.

Oldenburg war also der erste deutsche Staat mit einer nationalsozialistischen Herrschaft. Vor drei Monaten ging sie los. Der Landtag war heimgeschickt worden. Die Nazi-Regierung herrschte allein. Was Wunder, daß nun den nationalsozialistischen Wählern das Herz zu puppen anfing. Die Bauern erwarteten die versprochene radikale Steuersenkung, die Beamten die höheren Gehälter, die alten Rentnerinnen die Aufwertung ihrer Sparbücher, die SA die Druckpöstchen in der Schupo, die Abiturien-

## 6 Millionen Arbeitslose! Und gekürzte Altersrenten! Haltet Gericht! Wählt Liste 2

ten auf die Einstellung in den Gemeinden, die bankrotten Profitgenossen auf eine kleine Inflation — die Arbeiter jedoch erwarteten gar nichts. Wäre auch umsonst gewesen.

Die Naziwähler, in Erwartung der Erfüllung der Wahlversprechen, stellten die Steuerzahlung mehr oder weniger ein, so daß ein hoher oldenburgischer Finanzbeamter feststellen mußte: „Früher bezahlte noch ein Viertel der Landwirte, heute gibt kein Luder einen Pfennig mehr.“ Herr Röver drängte seine Pgs., bekanntlich alle um das Wohl des lieben Vaterlandes besorgt. „Dann zählt doch wenigstens in Naturalien!“, raunte der Herr Ministerpräsident seinen Pgs. zu. Worauf ihm ein Bauer kalt-schnäuzig erwiderte: „Das ist nun der ganze Unterschied zwischen der alten und Deiner Regierung: früher kam der Gerichtsvollzieher und holte das Schwein aus dem Stall, heute sollen wir es selbst aufs Amt fahren.“

Nun fing der nationalsozialistische Ministerpräsident aber ernstlich an, die Herrlichkeit des Dritten Reichs anbrechen zu lassen: er führte die Schlachtsteuer ein, die er bisher verdammt hatte; er kürzte die Beamtengehälter gleich um 700 000 M; in vielen Gemeinden sind die Lehrer seit Monaten ohne einen Pfennig Gehalt; er unterbindet in Arbeiterstädten die Weitergewährung von Brot, Kartoffeln und Kohlen an die Erwerbslosen, deren Unterstützung nach der letzten Notverordnung fast um die Hälfte gekürzt worden ist.

Man wird es verstehen, daß alle Volksschichten garstig berührt sind von der Herrlichkeit des Dritten Reichs. Alles schimpft und zetert. Die allermeisten haben genug von der Nazi-Regierung. Freilich gibt es auch zufriedene Leute. Das sind die neuen Insassen von öffentlichen Ämtern, die durch die neue Herrschaft zu einträglichen Futterkrippen gekommen sind. So haben sich natürlich die Wähler die Erfüllung der Wahlversprechen nicht gedacht. Sie wünschen inbrünstig, daß der Herr Ministerpräsident sich wieder aufs Verschleißen von Kattum verlegt.

## Die Arbeitslosenzahl steigt

In der ersten Hälfte des Monats Oktober hat die Arbeitslosigkeit eine Steigerung um rund 48 000 erfahren. Die Reichsanstalt erklärte allerdings, dies bedeute nicht, daß sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich in dem gleichen Umfange verschlechtert habe. Eine ähnliche Entwicklung wie im September, wo die Entlastung des Arbeitsmarktes erst in der zweiten Hälfte des Monats erfolgte, hält man für möglich. In der ersten Oktoberhälfte vorigen Jahres mehrten sich die Arbeitslosen um rund 129 000. Dagegen ist die statistisch erfaßte Verschlechterung des Arbeitsmarktes in diesem Jahr allerdings geringer.

## Zerkurbelung der Ausfuhr

Der industrielle Teil des Ankurbelungsprogramm war ein Kompromiß zwischen Großagrariern und Großindustriellen, bei dem die letzteren die Nehmenden waren. Dann haben die Ritter von der Schwerindustrie den Agrariern die Bahn freigegeben. Die bestehen nun auf der Sicherung unerhörter Geschenke, mag dabei der Profit anderer kapitalistischer Schichten zu kurz kommen.

Es ist nicht das direkte Geschenk an die Agrarier, was den Widerspruch der Fertigwarenindustriellen herausfordert. Nicht etwa, daß es zu klein ist: es sind immerhin an die 300 Millionen Mark, die den Agrariern durch die Herabsetzung der Hypothekenzinsen um 2 vH für zwei Jahre gereicht werden. Mit der bereits im Januar 1932 erfolgten Herabsetzung der Zinsen und den wiederholten Diskontsenkungen hat die Landwirtschaft immerhin eine Verminderung ihrer jährlichen Zinsbelastung um rund 400 Millionen Mark oder um 40 vH erfahren. Dazu kommt weiter, daß die gleiche Notverordnung vom 27. September bei Zahlungsunfähigkeit die Agrarier vor der Zwangsversteigerung schützt und die Möglichkeit bietet, mit Hilfe eines neuen Vermittlungsverfahrens die Kapitalschulden und die Zinsbelastung noch mehr herabzumindern. Man sieht: der Happen ist immerhin recht groß, doch sind die Agrarier damit noch lange nicht zufrieden! Zwar hilft das Reich auch mit einem direkten Zuschuß an die Kreditinstitute, die mehr als 10 vH an die Landwirtschaft ausgiehen haben, damit sie ihrerseits die Zinsen ungekürzt weiterzahlen können, es gibt weiter zur „Bereinigung“ der landwirtschaftlichen Genossenschaften annähernd 250 Millionen Mark her — aber das alles macht die Ritter von Ar und Halm nicht satt. Sie fordern mehr!

Und dieses Mehr ist es, daß den Sturm einer anderen kapitalistischen Schicht herausfordert. Die Agrarier wollen zu all dem, was ihnen jetzt gegeben wird und zu dem vielen, das sie schon früher erhalten haben, noch einen durch Einfuhr ausländischer Agrarprodukte nicht gefährdeten Sonderprofit. Auf dem Inlandsmarkt wollen sie bei gesenkten Löhnen die Preise für Viehprodukte, Obst, Gemüse, Holz usw. in die Höhe treiben, so wie sie sie bisher für Getreide usw. durch Zölle zum Steigen bis zum Dreifachen über den Weltmarktpreis gebracht haben.

Darum Kontingentierung, also Drosselung der Einfuhr. Daß alle diese Waren liefernden Länder von Deutschland mehr kaufen, als Deutschland von ihnen, was schert das die Agrarier? Ihr Ernährungsminister hat die Kontingentierung einer Reihe wichtiger Waren durchgesetzt, eine Kommission von Ministerialräten auf Reisen in die betroffenen Länder geschickt, um dort den Regierungen die unsinnigen Wünsche der deutschen Großagrarier mitzuteilen. Sie ist noch unterwegs, aber es ist schon sicher, daß sie die Lawine der Abwehrmaßnahmen, die jetzt gegen Deutschland rollt, nicht abwenden kann.

Holland, Dänemark, Frankreich, Italien, Rußland, Schweden — sie alle sind gute Abnehmer deutscher Fertigwarenerzeugnisse. Ihre Warenausfuhr wird durch die deutsche Kontingentierung empfindlich getroffen. Holland z. B. bezog im Jahre 1931 für 950 Millionen Mark Waren von Deutschland, lieferte aber nur für 400 Millionen Mark nach Deutschland. Der Handel mit Dänemark war 1931 mit 190 Millionen Mark, der mit Schweden mit 266 Millionen Mark, der mit Rußland mit 459 Millionen Mark und der mit Frankreich mit fast 500 Millionen Mark aktiv.

Diesem aktiven Außenhandel hat die Reichsregierung jetzt einen Dolchstoß versetzt. Ihr Vorgehen wirkt so, als ob sie ausgezogen wäre, an der Wirtschaft des eigenen Landes einen Mord zu verüben. Überall ziehen sich die besten Kunden von ihren deutschen Lieferanten zurück. Und gar Italien, mit dessen Regierung sich die Schleicher-Papen-Gayl besonders eng verwandt fühlen und mit der sie wehr- und außenpolitisch die Welt in die Schranken fordern wollen, ist zu besonders schroffen Abwehrmaßnahmen übergegangen.

Mit einem Wort: die Ausfuhr deutscher Waren, die in diesem Jahre schon durch die Aufstockung der Zollmauern einen bedeutenden Rückschlag erlitten hat, erleidet eine erneute verschärfte Verminderung. Dabei wurde doch das Gelingen der Wirtschaftsankurbelung, da man die Massenkaufkraft im Innern durch die Lohnsenkungen zum soundsovielten Male schwächte, ganz auf die Steigerung der Ausfuhr abgestellt.

Jammernd stellen die Verbände der Fertigwarenindustrie fest, daß zur Zeit nur 13 vH ihrer Produktionsmöglichkeit für das Inland, aber 20 vH für das Aus-

## Aus dem Inhalt

Und die Gehälter der Schwerverdiener — Zerkurbelung der Ausfuhr — Die Arbeitslosenzahl steigt	Seite 265
Kleinstenindustrie gegen Schwerindustrie	266
Nur zwei Nationen — Stahlbad Anno 17	267
Die Gewerkschaftsjugend wirbt — Bezirkskonferenz von Brandenburg	268
Die Ergänzung sozialer Leistungen — Neue Entlohnungsarten in Rußland — Brot müssen wir haben!	269

land ausgenutzt werden. Warnend prophezeien sie, daß, wenn keine Umkehr in der Handelspolitik erfolgt, an Neueinstellungen von Arbeitern überhaupt nicht, wohl aber an weiteren Entlassungen zu denken sei. Unterdessen erobern englische, tschechische, aber auch japanische Industriewaren die Märkte, auf denen bisher deutsche Produkte abgesetzt wurden.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Programm der Reichsregierung zur Sanierung der Landwirtschaft weder die Landwirtschaft sanieren noch aus der Krise der kapitalistischen Wirtschaft herausführen wird. Bei der Bedeutung, die der Fertigwarenindustrie in der deutschen Wirtschaft und im deutschen Außenhandel zukommt, wird ihre Abwürgung durch die Kontingentierungspolitik ein erneutes Anwachsen der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Die kapitalistischen Preisfechter haben demnach ihr Siegesbewußtsein zu früh herausgesteckt. Ihr System wird so und auch anders nicht mehr gerettet. In der taumelnden Jagd nach dem Profit zerstören sie es selbst immer mehr und mehr. **Catilina.**

In Holland ist, nach einer Meldung aus Aachen vom 27. Oktober, einem großen Teil der deutschen Hausangestellten, obwohl ihr Arbeitgeber mit ihnen zufrieden waren, die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert worden. Über 60 deutsche Hausangestellte haben die holländische Grenze bei Emmerich bereits passiert, um in ihre alte Heimat zurückzukehren. Auch gegenüber hilfsbedürftigen deutschen Familien läßt das Entgegenkommen der holländischen Behörden stark nach. Eine ganze Reihe von Familien ist bereits bei Aachen über die Grenze gesetzt worden, wo sie den deutschen Grenzorten zur Last fallen. Das Vorgehen der Holländer wird auf die deutsche Kontingentierungspolitik zurückgeführt. Nach dem Boykott deutscher Waren folgt nun der Boykott deutscher Menschen. Eine Folge der Wirtschaftspolitik der Nazi-Barone.

### Wie werden die Steuerscheine verwendet?

In der vom ADGB herausgegebenen „Arbeit“ (Nr. 10) stellt der Statistiker Woytinsky Berechnungen an über die Verwendung der 2,2 Milliarden Mark, die der Privatwirtschaft in Form von Steuergutscheinen, Prämien und Lohntributen zugeschätzt worden sind. Aus der Darlegung Woytinskys geht hervor, daß sich die Steuergutscheine wie ein goldener Regen über die breitesten Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land ergießen. Es wird im ganzen etwa 10 Millionen physische und juristische Personen geben, auf die sich der Regen dieses Geldes ergießen soll. Je nach ihren Besitz- und Einkommensverhältnissen wird sich dieses zusätzliche Geld auf alle Bürger des Reiches mit Ausnahme der Arbeiter verteilen. Die Reichsregierung ging von dem Gedanken aus, daß die gewählten Mittel von der Privatwirtschaft verwendet werden sollten, um zurückgehaltene Geschäfte, darunter auch die Befriedigung des gestauten Erhaltungsbedarfs, durchzuführen. Die Wirtschaft sollte also durch Geldanlagen die Produktionsmittelindustrie beleben. Durch die Streuung des Geldes wird dieser Zweck nicht erreicht, was Woytinsky durch nachstehende Ausführungen zu beweisen versucht:

„1. Das zusätzliche Geld wird auf die Weise zerstreut und aufgeteilt, daß in den meisten Fällen seine Verwendung für produktive Anlage unmöglich sein wird. 2. Ein zurückgestellter Erhaltungsbedarf in der Wirtschaft ist zweifellos da, er verteilt sich aber völlig anders auf einzelne Betriebe und Wirtschaftszweige, als das Ankerbelohnungsgeld unter sie verteilt wird. Man darf zum Beispiel bezweifeln, daß das Nahrungsmittelgewerbe seine 90 Millionen oder das Handelsgewerbe seine 180 Millionen an Umsatzsteuerschlaß für die Befriedigung seines Erhaltungsbedarfs verwendet. 3. Wenn die Investitionen in der letzten Zeit sehr stark zurückgegangen sind, so ist dies nicht nur aus Illiquiditätsangst, sondern in erster Linie aus der Stockung des Absatzes geschehen.“

Da den Unternehmern keine Verpflichtung auferlegt ist, die erhaltenen Geschenke zum Zwecke der Erweiterung des Arbeitsmarktes anzulegen, wird das zusätzliche Geld für alle möglichen Zwecke verwendet. Die Zerstückelung der empfangenen Gelder läßt nach Woytinsky vermuten, daß sein größter Teil nicht für Anlage, sondern für unmittelbaren Verbrauch verwendet wird. Die ganze Aktion wird daher im wesentlichen auf die Konsumfinanzierung der besitzenden Schichten der Bevölkerung hinauslaufen. Der Verfasser schätzt die Nutzwirkung der Aktion für den Arbeitsmarkt nach Berechnung aller Möglichkeiten auf rund 1 Million (7 Schriftg. d. MZ.) zusätzlich Beschäftigter. Dem steht aber gegenüber, daß die Kaufkraft der arbeitenden Schichten insgesamt nicht erhöht wird, sondern günstigenfalls eine Verlagerung erfährt. Der Nutzeffekt der Aktion wird vermindert durch die Verpalterung der zusätzlichen Mittel. Sofern diese den Konsum finanzieren sollen, ist es unverantwortlich, sie nur den Besitzenden zu gewähren. „Dann müßte die Regierung schon einen Schritt weiter gehen und auf sämtliche Steuern, erst recht auf die Lohn- und Bürgersteuer, Steuergutscheine ausgeben.“

Das Ankerbelohnungsprogramm wird also verpuffen und nur als ein reines Geschenk der Besitzenden überleben. Es ist ein Wahlmanöver, wie dies Woytinsky treffend folgendermaßen ausdrückt: „Jeder wird etwas (sei es nur ein Zehnmarktschein) in die Hand kriegen und alle werden zufrieden sein, zu erfahren, daß man endlich einen Staat hat, der kein Wohlfahrtsstaat ist.“

### Reichstag und Lohnkämpfe

Auf ein paar Monate mehr oder weniger kommt es nicht an! Im Gegenteil! Die sozialen Kämpfe werden entscheidend beeinflusst von der Stärke der politischen Vertretung der Arbeiterschaft. Das beweisen die folgenden paar Zahlen.

#### Ein Facharbeiter erhält im Reichsdurchschnitt

	an tariflichem Stundenlohn	an Arbeitslosenunterstützung
1924 . . . . .	70 Pf.	etwa 6 M die Woche
1929 . . . . .	103 Pf.	etwa 20 M die Woche
1932 . . . . .	89 Pf.	etwa 9 M die Woche

#### Im Deutschen Reichstag saßen

	SPD- Abgeordnete	KPD Abgeordnete	NSDAP- Abgeordnete
1924 . . . . .	160	62	32
1929 . . . . .	153	54	12
1932 . . . . .	133	89	230

Mit wachsenden Nationalisten fiel der Lohn und die Arbeitslosenunterstützung. Das Unterschreiben hat die Schwächung der Sozialdemokratie und das Ausbleiben der Nationalsozialisten im Reichstag gut zu setzen verstanden. Stärkt deshalb den Einfluß der Sozialdemokratie im Reichstag durch die Wahl der Liste 2.

# Kleineisenindustrie gegen Schwerindustrie

Von Dr. Friedrich Schlösz

Jede Industrie hat ihre Eigenarten der Rohstoffbeschaffung, der Verarbeitungsmethoden und der Marktversorgung. In der Rohstoffbeschaffung ist die deutsche Kleineisenindustrie völlig von der Schwerindustrie abhängig. Sie muß den Rohstoffpreis tragen, den die kartellierte Eisenindustrie bestimmt. Sie kann den Preis kaum drücken, da keines der Werke der Kleineisenindustrie Großabnehmer schwerindustrieller Rohstoffe ist. Der Eisenpreis ermäßigt sich daher nicht durch hohe Rabatte auf große Mengelieferungen. Die Unternehmen der Kleineisenindustrie können sich an Kapitalkraft mit Werken der Großindustrie nach keiner Richtung vergleichen. Wo die Schwerindustrie mit Kapital von 60, 80, 160, 170 und 800 Millionen Mark arbeitet und entsprechende lang- und kurzfristige Bankkredite erhält, weisen die Werke der Kleineisenindustrie 100 000, 250 000, 500 000 M Kapital auf. Millionenkapitalien sind verhältnismäßig selten. In Solingen kommt man kaum über 2,5 Mill. Mark Kapital hinaus. Wer will das mit der Kapitalkraft der Schwerindustrie in Vergleich setzen?

Der Größe der Unternehmungen entspricht es, daß der Herstellungsprozeß der Kleineisenwaren unverhältnismäßig stärker geistige Leistung geschulter Facharbeiter ist, persönlich individuelle Leistung als maschinelle Erzeugung, wenn selbstverständlich auch hier versucht wird, teure Facharbeit durch billige Maschinenarbeit zu ersetzen. Eine weitere Eigenart der Kleineisenindustrie ist es, daß sie in ihrem Absatz weit stärker auf den Auslandsmarkt angewiesen ist als irgendeine andere Industrie. Während die Schwerindustrie mit rund 30 vH ihrer Erzeugung auf den Weltmarkt geht, liegt die der

Die Großeisenindustrie ist augenblicklich nur mittelbar am Auslandsmarkt interessiert. Die Kleineisenindustrie ist dagegen unmittelbar von ihrem Auslandsabsatz abhängig. Die Wirkungen der Kontingentierungspolitik treffen die Kleineisenindustrie härter als die Schwerindustrie. Der Kontingentierungspolitik Papens muß die Kleineisenindustrie ablehnender gegenüberstehen als die Schwerindustrie.

Aber nicht an den Gegensätzen in der Preispolitik, nicht an den verschiedenartigen Auffassungen in der Kontingentierungspolitik der Regierung ist jetzt der Konflikt zwischen der Kleinen- und der Schwerindustrie zum Ausbruch gekommen, die Spannungen haben sich an dem Vordringen der Schwerindustrie in Produktionszweige der weiterverarbeitenden Industrie entzündet. Der Gegensatz auf diesen Gebieten kam schon im Sommer scharf zum Ausdruck, als die Vereinigten Stahlwerke einen schwedischen Automaten zur maschinenmäßigen Herstellung von Rasierklingen aufkauften. Die Solinger Industrie fühlte sich nicht mit Unrecht durch diesen Automaten in ihrer letzten Produktionskraft bedroht. Sie selbst hatte diesen Apparat mit ihrer geringen Kapitalkraft nicht zu kaufen vermocht.

Das Eindringen der kapitalkräftigeren Großeisenindustrie in die durch den Rohstoffpreis und die Marktlage geschwächte, weniger kapitalkräftige Kleineisenindustrie hat ihre Ursachen in den hohen Kapitallasten, die auf der Großeisenindustrie ruhen und Verzinsung heischen. Der Produktionsprozeß ist auf ein Drittel der Konjunkturleistung zusammengeschrumpft. Diese Leistung ist gegenwärtig schwerlich zu erhöhen. Die Schwerindustrie muß sich entweder im eigenen Betrieb neue Produktionszweige angliedern, oder andere Betriebe mit neuen Produktionsarten übernehmen. So stößt sie in die Kleineisenindustrie vor, übernimmt Kaltwalzwerke, Genskschmiedefabrikation, dehnt ihr eigenes Produktionsprogramm, unterstützt durch billigeren Rohstoffpreis, innerhalb der Konzerne auf Erzeugnisse der Kleineisenindustrie aus. Die Schwerindustrie muß diesen Weg um des eigenen Kapitaldrucks willen gehen, wie sie sich aus gleichem Grunde einstmals Erz-, Kalk-, Kohlengruben angliederte, wie sie Hochöfen, Stahl- und Walzwerke miteinander verband, wie sie in Kohlen- und Eisenhandel, in Maschinen- und Apparatefabrikation vorstieß. Manches kapitalschwache Werk der Kleineisenindustrie mußte sich selbst der Großindustrie zum Kauf anbieten.

Das Vordringen kapitalkräftiger Konzerne mit moderneren Produktionsmethoden und geringeren Rohstoffkosten in die kleinere und mittlere Industrie ist unaufhaltsam. Vor uns steht die Frage, ob man ein solches Vordringen in rücksichtslosem Kampf auf freiem Markte geschehen lassen will, bei dem nicht nach dem Wohl und Wehe von Millionen von Facharbeitern gefragt wird, oder ob man sich vorher die Frage nach der bestmöglichen Organisation einer Umstellung des Produktionsprozesses vorlegt, vorher fragt, was soll mit den Massen der Facharbeiter werden. Es entsteht also für uns die Frage, ob der Kampf des Starken gegen den Schwachen, oder ein gesellschaftlich geordneter Produktionsprozeß das wirtschaftlich zweckmäßigere ist.

### Achtung: Neue Dolchstoßlegende

Den unvergleichlichen Staatsmännern, die uns seit einem halben Jahr beglücken, scheint es vor dem Erfolg ihres Wirtschaftsprogramms zu bangen. Denn anders ist es nicht zu erklären, daß der Herr Reichskanzler und sein Arbeitsminister mehrmals die Gewerkschaften und Belegschaften der Sabotage des Wirtschaftsprogramms bezichtigten.

Am fleißigsten trommelt die Bergwerks-Zeitung für das Programm der Regierung. Das schwerindustrielle Blatt hat schwergewichtige Gründe für seinen Eifer. 2,2 Milliarden in bar, Aushöhlung des Tarifrechts, diktatorischen Lohnabzug — dafür muß man sich schon ein wenig anstrengen. Schließlich wissen auch die Federwerker der Bergwerks-Zeitung, daß es mit der Erfolgsaussicht des Wirtschaftsprogramms windig steht. An sein Gelingen kann eben so lange nicht geglaubt werden, als es nicht einem Menschen gelingt, sich an seiner eigenen Schuhstippe in die Höhe zu ziehen. Dem sichern Mißlingen muß irgendwie vorgearbeitet werden: wenn der grandiose Wirtschaftsplan nicht gelingt, dann sind bloß die bösen Gewerkschaften daran schuld. Den Gewerkschaften wie den Belegschaften wird daher immer wieder vorgeworfen, daß „sie durch Anzettlung von Streiks und Arbeitsverweigerungen sich letzten Endes also gegen die Beseitigung der Wirtschaftskrise aussprechen“.

Demnach wären die Gewerkschaften und Belegschaften gegen die Beseitigung der Wirtschaftskrise, weil sie nicht den namenlosen wirtschaftlichen Schwachsinn, den die Lohnkürzung darstellt, der politischen Agentur des Großkapitals mitmachen. Der Trick ist zum Lachen. Allein der gleiche Trick wurde ja auch beim Weltkrieg und bei der Inflation geübt. Den deutschen Sieg, der zum Greifen nahe, sollen bekanntlich die bösen Sozialvermesser haben. Und die zum Anbrechen nahe Wirtschaftsblüte sollen jetzt die Gewerkschaften und Belegschaften sabotieren. Das Gefasel ist zwar beispiellos dumm, und darum wird es bald aus allen schwerindustriellen Schreimaschinen dröhnen. Eine neue Dolchstoßlegende!

### Massensturz auf die Futterkrippe

Die Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung schreibt (Nr. 41) zur Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten in Thüringen: „Es haben nach dem Regierungswechsel, wie glaubwürdig versichert wird, wahre Stürme von jenen Leuten eingesetzt, die da glauben, daß ihr Weizen blühe, und die diese Zeit nicht ungenutzt vorbegehen lassen wollen. Mit dem Partei- ausweis in der Hand haben sie sich bei ihren Ministergenossen so reichlich gemeldet, daß diese genötigt gewesen sind, in einer öffentlichen Erklärung einen Damm gegen die Flut der Begehrenden aufzurichten. Sie versprechen dabei zwar jedermann Gehör, fordern aber auch einige Rücksicht auf ihre eigentlichen Staatsgeschäfte. Die Eingaben, die mit derselben Absicht in den Ministerien einlaufen, sollen zu Bergen anwachsen und den mit Arbeit überhäufteten Beamten Veranlassung geben, über menschliches Wesen und staatsbürgerliche Würde sich besonderen Gedanken hinzugeben. Alles drängt sich zur Staatskrippe und sucht die Konjunktur auszunutzen.“



Kleineisenindustrie fast doppelt so hoch. Solingen setzt sogar durchschnittlich 70 vH seiner Waren im Auslande ab, einem Auslande, das in Holland beginnt.

Wer diese Verhältnisse der Kleineisenindustrie über- sieht, ermüht damit ohne weiteres, daß zwischen Schwer- industrie und Kleineisenindustrie notwendig Spannungs- flächen breiten Ausmaßes gegeben sind, die leicht, wie im gegenwärtigen Augenblick, zu Auseinandersetzungen führen. Schon beim Bezug ihrer Rohstoffe muß die Klein- eisenindustrie die Preispolitik der schwerindustriellen Kartelle als drückend empfinden. Die Kleineisenindustrie muß sich in ihren Preisen rasch den Marktbewegungen im In- und Auslande anpassen. Kartellierte Preise neigen zu gewisser Starrheit, sie wechseln schwerer, folgen den Bewegungen des Marktes zögernd. In der Krise mit ihren absinkenden Preisen wird das Festhalten der Eisen- kartelle an den Richtpreisen besonders drückend.

Am nachhaltigsten wirkt sich die Kartellpreispolitik der Schwerindustrie auf die Ausfuhr der Kleinen- industrie aus. Deutsches Stabeisen, das auf dem Inlands- markt mit rund 110 M die Tonne gehandelt wird, wird in Belgien unter dem scharfen Auslandswettbewerb zu 50 bis 60 M die Tonne angeboten. Die Kleinen- industrie, auf den Auslandsverkauf angewiesen, muß mit doppelt so hohen Rohstoffpreisen bei der Kalkulation rechnen als das Ausland. In Gemeinsamkeit mit anderen Eisenverarbeitern hat die Kleineisenindustrie durch die Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie im sogenannten Avi-Abkommen einen Rückvergütungs- satz auf die Tonne deutsches Eisen erhalten, das ver- arbeitet ins Ausland geht. Zahlt die Kleineisenindustrie 110 M die Tonne als Einkaufspreis für deutsches Stab- eisen, so erhält sie bei der Ausfuhr einer Tonne Eisen- waren 40 M rückvergütet. Mit 70 M die Tonne liegt aber trotzdem der deutsche Rohstoffpreis noch 10 bis 20 M über dem Auslandspreis gleichen deutschen Stabeisens. Dies muß notwendigerweise zu scharfen Spannungen zwischen der Schwerindustrie und der Kleinenindustrie führen.

Ein zweiter Spannungsherd entsteht durch die Rück- wirkung der Kontingentierungspolitik der Regierung Papen gegenüber dem Auslandsmarkte zwischen der Kleinen- und der Schwerindustrie. In guten Zeiten ist die Schwerindustrie zu einem Drittel auf den Auslandsmarkt angewiesen, die Kleinen- industrie zu rund 60 bis 70 vH. Für den kommenden Winter besteht der Auftragsbestand der Schwerindustrie der Hauptsache nach in Lieferungen für die Reichsbahn,

# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Poeschl-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Wir sitzen verstummt nebeneinander, wir können uns freuen daß es nicht einer von uns beiden ist, aber unsere Brust ist voller Schlamm und Trichter und Eisensplitter, voller Blut und Leichen, unser Inneres ist verwüstet wie das Schlachtfeld vor und hinter uns, da hinein, in Schlamm und Blut, ist unser Kamerad Inselmann gesackt... wir können uns nicht freuen, wir trauern auch nicht um ihn, wie man sonst um Tote trauert, wir rechnen stündlich mit unserem und mit dem Tode unserer Kameraden, es überrascht uns nicht mehr; wir lauschen stumm in die entsetzliche Ode unseres Wesens hinein, jede Granate zerfetzt es aufs Neue, jeder gemordete Kamerad wird eingescharrt, wir sehen alles mit den weiten, wissenden Augen der Erkenntnis...

„Es wird eine gewaltige Zeit kommen“, sagte Kilb langsam, „dafür stehen wir hier, dafür leiden wir, dafür werden wir gemordet... Dann werden wir Armen der Erde aufstehen, eine große Armee, wir werden wieder marschieren, wir werden wieder Gewehre über die Schulter tragen, eine andere Armee... wir werden für unsere Befreiung marschieren...“

„dann hat unser Tod einen Sinn... wir sind die vordersten Posten... wir stehen einsam... aber wir werden leben bleiben, wenn wir auch längst verfault sind... wir sind die Ersten... wir sind die Ersten! Wir werden noch viel Schreckliches erleben, Peter... aber es wird eine herrliche Zeit kommen, wenn wir diese Hölle hinter uns haben...“ — er wendet sein Gesicht ab, es zuckt schmerzlich darin: „Ich werde sie nicht mehr erleben“, ich fasse ihn erschreckt an. „Die Hammel und Schweine werden dann endlich wirkliche Soldaten werden, aber sie sind dann Soldaten der Revolution, mein Lieber... Denk mal drüber nach...“

Ich presse seinen Arm: „Karl, noch eins... da ist ein Alter in meinem Unterstand... den mußt du mal sehen und hören... der spricht wie du... ich werde ihm auch von dir erzählen...“

Kilb schlägt mich leicht auf die Brust, lächelt: „Ein andermal mehr... geh jetzt, sonst werden sie dir einen noch unruhig. Grüß den Alten...“

Er dreht sich um, geht gebückt die Stufen zum Unterstand hinunter...

Ich muß den Posten ablösen... ich hätte schlafen können, aber ich bin nicht müde... Wie im Traum höre ich die murmelnden Stimmen der Posten, die abgelöst werden und ablösen... Leichen, Gestank, Schlamm, Blut umgeben mich... aber das Schlachtfeld, das sich vor mir ausbreitet, als ich durch die letzten Dämmerschleier das Drahtverhau,

das graue, furchtbare Niemandsland zwischen den Linien,

die dunklen Klumpen der Leichen sehe, — es ist mir plötzlich nicht mehr so furchtbar, ich habe die Arme inen plötzlich zu ertragen... mir ist, als stehe ich Posten für die große Armee, die dort hinter der Nebelwand sich bildet und zum letzten Gefecht antritt...

Ich höre den unruhigen Atem der zehntausend gequälten Soldatenleiber, sehe ihre verstörten, aufgeschreckten Gesichter im Trommelfeuer, auf den Märschen nach vorne, verwundet und verröchelnd in den Trichtern: noch Soldaten des Kaisers, aber dort, dort hinter den Höhen, hinter der Nebelwand... dort formieren sich schon die Befreier, aufgestanden aus den Trichtern der Schlachtfelder, keine Hammel und Schweine mehr, — Soldaten im Geiste der Revolution...

Die Front erwacht: Maschinengewehre bellen auf... bestreuen das Gelände... ich muß mich ducken... der Graben wird beschossen... zirpend zwischen die Geschosse unter ihren großen Brüdern, den Granaten, der Wind weht verlorene Schreie Verwundeter von der anderen Seite, aus dem Drahtverhau herüber... fremde Laute... auch dort rufen sie nach der Mutter...

Die Ruhr, die schleimige, rote Ruhr

kriecht durch den Graben. Nicht einer von der Grabenbesatzung bleibt von ihr verschont. Gekrümmt schleichen wir durch den Graben, stöhnend liegen wir in den Unterständen. Nichts wird getan, um uns zu entgegnen. Krankmeldungen haben keinen Zweck. Wer soll sie auch entgegennehmen? Einen Arzt haben wir hier noch nicht gesehen. Der Sanitäter ist vor zwei Tagen mit einem Granatsplitterbauchschuß nach hinten gekommen. Im nächsten Sanitätsunterstand ist er verreckt. Ein zurückgekommener Umlauber, der einige Stunden vor dem rasenden Sperrfeuer in diesem Sanitätsunterstand untergekrochen war, hat uns erzählt, daß der arme Kerl sich zuletzt mit einem furchtbaren Geheul die Gedärme selbst aus dem Leibe gerissen hat. Wir sind von aller Hilfe abgeschnitten. Zwei Mann haben es nachts versucht, nach hinten durchzukommen. Einer, Stein mit Namen, ist halb wahnsinnig zurückgekommen, er redete irre Worte, tobte und schrie; wir mußten ihn mit Riemen zusammenschürren. Er wußte nicht mehr, was er tat, wollte uns mit Handgranaten zu Leibe. Im Sperrfeuer des Hintergeländes muß er furchtbares gesehen haben, aus seinen irren Reden haben wir erfahren, daß der andere zerfetzt ist. Nein, es hat keinen Zweck, nach hinten zu türmen, wir müssen hierbleiben, kriechende, stinkende Tiere, — nur vorne ist noch Rettung.

Medikamente gibt es nicht, wir hoffen, in einer feindlichen Stellung Opium und sonstige Mittel zu finden. Allmählich frißt sich in uns die Sehnsucht nach dem Sturm hinein; wir können an nichts anderes denken, als an Linderungsmittel gegen diese furchtbare Seuche.

Hinten wissen sie von unseren furchtbaren Leiden; aber wir bekommen kein besseres Essen. Jeden zweiten Tag kommen verstörte Essenträger zu uns durch, oft bleibt einer verwundet oder tot liegen; sie bringen uns lauwarms Dörrgemüse, Affenfett und Schnaps. Die armen Kerle saufen den Fusel in ihrer Angst und Verzweiflung unterwegs wie Wasser und taumeln besoffen in unseren Gräben. Hundert Schritte seitlich hinter dem Graben soll eine Latrine sein; niemand kann dorthin, sie wird dauernd beschossen, besonders am Tage, wenn gute Sicht ist: die französischen Fesselballons, die wir in großer Zahl — es kommen zehn auf einen deutschen — am Tage am Horizont sehen, haben auch die Latrine längst entdeckt, und leiten das Feuer mit unheimlicher Sicherheit. Es wird auf jeden einzelnen Mann, der irgendwo hinten rumkriecht, mit Granaten geschossen. Wer trotzdem in seiner Verzweiflung dorthin kroch, ist nicht wiedergekommen, es liegen Leichen in der Kotgrube. Kameraden, erstickt im Menschenkot.

Längst haben wir die eisernen Portionen verzehrt. Wir haben nicht viel davon gehabt; denn das Schweinefleisch war verdorben, die Hälfte der Büchse war mit fauligem Wasser gefüllt, — der Schiffskeks war verschimmelt. Aber wir haben den Dreck verschlungen und dadurch der Ruhr neuen Nährboden gegeben. Im Hinterlande schlagen sich die Kriegsalteranten und Kriegsgewinnler mit fetten Händen und fettem Lachen auf die prallen Schenkel und flüstern sich gegenseitig zu, wie sie die Heeresverwaltung wieder neu beschuldern... haben, wie sie mit einigen hundert Mark Bestechungsgeldern Hunderttausende verdient haben, wie sie die neuen Schiebungen einleiten wollen...

Wir? Ach, du lieber Gott... wir sind nur Frontschweine... die fressen alles

... das kommt gar nicht so genau darauf an... das Schwein des Herrn Kommandeurs hinten in der Etappe wird besser gefüttert als wir... hat sauberes Stroh... wir liegen in unserem eigenen Dreck.

Menschenmaterial, wie die amtliche Bezeichnung lautet! Oh, ein treffendes Wort, ein grausam-ehrliches Wort der Einschätzung unseres Lebens, unseres Wertes, gedanklos wird es ausgesprochen, aber die ganze Nichtachtung wertvollen Menschentums, der volle berechnende Sadismus einer Minderheit gegenüber der Kostlichkeit von Fleisch und Blut, Geist, Kraft und Nerven einer schaffenden, ernststen Menschenmehrheit liegt darin: Frontschweine, Kadaver, Nummern, Dung, Proleten, Kanonenfutter... Menschenmaterial!

Die Knochenfragel der Militärkamarilla im Dienste des gekrümmten, geschmiegelten, gebügelten, sektaufenden und dividendenraffenden Kapitalismus spricht es grinsend aus: Menschenmaterial... weg mit dem Ungeziefer... hallo, wo haben wir neue Möglichkeiten, Material zusammenzupfeilschen? Wir sind eine neue Möglichkeit: der Jahrgang achtzehnhundertneundneunzig... Siebzehn-, Achtzehnjährige... Konfirmanden... dummes, sturmreifes Gesindel...

Gekrümmt von heftigen Kolikschmerzen, mit einknickenden Knien, die Hosen immer nur an einem Knopf befestigt, um sie bei jedem neuen Anfall sofort herunterlassen zu können, hilflos wie neugeborene Katzen kriechen wir herum... der Grabendreck ist mit Blut und Schleim durchsetzt... wie Hündinnen in der Laufzeit ziehen wir dünne Streifen von Blut und Schleim hinter uns her... kauern vor der Böschung, sch... in die Gasmaskebüchsen, entleeren unsere stinkenden Durchfall in Sandsäcke, die wir uns vor die Hinterbacken... werfen die matschigen Sandsäcke über die Böschung... drüben haben sie

es längst erkannt, wie es um uns steht... sie machen sich ihren Spaß daraus, ihre Maschinengewehre auf die vollgesch... Sandsäcke zu richten... dann spritzt der Dreck zu uns herein.

Es ist wahrhaftig ein herrliches Feld der Ehre... die gekauften Schlachtenmalerei schmierer allerdings für den Hausgebrauch andere Gemälde zusammen, die keine Ähnlichkeit mit unserem verseuchten Graben haben... die Verbrecher der kriegsbegeisterten Hetzreden berichten vom „sonnigen Humor der braven Krieger trotz Feindesmacht und Schlachtenlärm“... der gute Papa Bürger schmirt sich ein neues Butterbrot und legt ein dickes Stück vom gebasterten Schinken drauf, er räkel sich ein wenig und denkt versonnen, ja, unsere braven Feldgrauen... und sieht dann den Börsenbericht ein...

Die Pfaffen segnen das „herrliche, tapferer Heer“, aber ihre Kanzeln stehen nicht in unseren Gräben...

Und hinter uns das hungernde, weinende, verzweifelte Volk unserer Angehörigen: lange Schlangen vor den Kriegsküchen und Lebensmittelgeschäften, die Rationskarten in den zitternden Händen, hohläugig, mit dünnem Blut, in dem der Hungertyphus wütet, nachts mit zwei Scheiben Margarinebrot stundenlang mit wankenden, vom Schwindel gepackten Leibern nach Knochen und minderwertigem Abfallfleisch anstehend, in verzehrender Angst um die Söhne, Männer und Brüder dumpf in die nicht endende, schreckliche Nacht des Krieges horchend wie getetzte Tiere: jawohl, Majestät... wir wissen, was wir zu verteidigen haben. Wie lautet denn jetzt die Menükarte im Großen Hauptquartier, Ew. Majestät?

„Wie wäre es, Herr Professor, wenn Sie uns mal einige Tage Gesellschaft leisten würden?!... Aber der Herr Professor hat keine Zeit, er will dennach nachweisen, daß

Dörrgemüse ungleich vitaminreicher ist als Hühnersuppe...“

„Übrigens, Marie... äh hem hem... ist die Gans von unserem Bauern schon da? Sie wissen ja, für Sonntag...“

Die Maske herunter! Lappen um Lappen, Fetzen um Fetzen: hier, hier bei uns ist die Wahrheit!

Für Kilb ist Berberig in meinen Unterstand gekommen. Er liegt wie ein Hund, der sterben will, ganz hinten im Dunkel; von der Decke tropft es auf seinen lehmverschmierten Mantel, den wir ihm übergeworfen haben. Seine Hose haben wir nach hinten über den Graben geworfen, sie begann von den stinkenden Ausscheidungen zu faulen; er braucht sie nicht mehr, wir wissen, daß er sterben wird...

(Wird fortgesetzt.)

## Nur zwei Nationen

Nach Disraelis bekanntem Wort gibt es in der ganzen Welt nur zwei Nationen: die Nation der Armen und die der Reichen. Die beiden Nationen leben in ganz verschiedenen Verhältnissen und sprechen verschiedene Sprachen, zwischen denen es keine Verständigung gibt.

Die Reichen wohnen in Villen, die Armen in Hütten; die Reichen fahren, die Armen laufen; die Reichen leben vergnügt, die Armen hungern elend; die Reichen sitzen auf der Richterbank, die Armen werden gerichtet; die Reichen befehlen, die Armen gehorchen; die Armen schenken und kämpfen für die Reichen und werden, wenn das goldige Geschäft mal nicht ganz goldig ist, von den Reichen noch verhöhnt, mißhandelt und als Feinde des Vaterlandes ausgeschrien. Diesen Zustand nennt man kapitalistische Ordnung, und wer ihn ändern will, wird als Bolschewist, Hochverräter, Gottloser und weiß der Himmel was sonst noch gebrandmarkt. Um das Maß der Tollheit voll zu machen, gibt es unter den großen Leidtragenden dieses Zustandes viele, die ihn ganz in Ordnung halten und den Nutznießern dieses Zustandes Judasdienste leisten.

Die Tollheit des gegenwärtigen Zustandes spürt jeder Arbeiter am eigenen Leibe. Die Ergiebigkeit der Warenherzeugung ist beispiellos hoch, gewaltige Vorräte an Lebensmitteln liegen überall aufgestapelt, die Läden sind voller Waren. Der Überfluß ist demaßig groß, daß die Welt daran zugrunde zu gehen droht. Und gleichzeitig heult in allen proletarischen Gassen und Familien der Hungerwolf.

Wer sich stets satt zu essen vermag, in warmen Zimmern sitzen kann und allein in einem Bette schläft, kann sich kaum vorstellen, daß die Hälfte oder ein Drittel des deutschen Volkes, wie dies Dr. Alice Salomon im Berliner Tageblatt (Nr. 503) feststellt, „noch nicht ein eigenes Bett, eine eigene Schlafstelle besitzt, keine Wohnung, in der Raum genug ist, um für jeden Bewohner ein Bett unterzubringen“. Frau Salomon führt eine Reihe von Beispielen an, die für jeden, der es noch nicht weiß, erschütternd wirken müssen. So schreibt beispielsweise ein Berliner Stadtrat: „Schlechte Wohnverhältnisse werden zu einer Quelle der Seelennot für alle, weil sich hier vor aller Augen und Ohren Umarmungen, Schwangerschaft und Geburt, Monatsphase und Wechseljahre, Not und Tod offen und ungehört abspielen.“ Im Jahresbericht der Ambulatorien des Verbandes der Berliner Krankenkassen wird mitgeteilt, daß von den 2450 Besuchern der Ehe- und Sexualberatungsstellen 37 vH als Untermieter wohnten. Bei 1367 Besucherinnen der Beratungsstelle wurden im ganzen 3300 Fehlgeburten festgestellt.

Das sind nur einige Ausschnitte aus dem sich im stillen abspielenden namenlosen Elend. In Deutschland gibt es etwa 7 Millionen Arbeitslose. Davon werden ungefähr die Hälfte Familienväter sein. Durch das gezwungene Zuhausebleiben der Männer werden die sittlichen Verhältnisse und alles, was sich daraus ergibt, in den überfüllten Proletarierwohnungen noch schärfer hervortreten. Viele Ehen geraten in Gefahr, weil die Gatten gezwungenmaßen mehr als sonst zusammen sind und die Not der Familie Anlaß zu vielen Streitigkeiten gibt. Wenn jemals, dann hat diese Wirtschaftskrise die moralischen Kräfte des Volkes angegriffen und Instinkte erweckt, die sonst nicht zum Durchbruch gekommen wären.

Und während sich dieses Trauerspiel im stillen abspielt, ziehen Demagogen durch alle Gauen des Landes und reden von der sittlichen Wiedergeburt des Volkes. Der Reichskanzler gefällt sich darin, die Unternehmer zu umschmeicheln, sie als die Elite der Nation hinzustellen und verspricht ihre angebliche Not zum Angelpunkt politischen Handelns zu machen. In einer Arbeiterversammlung zu reden, lehnen diese „Vertreter einer hochdünnen Schicht“ ab. Sie wissen ganz genau, daß sie dort vom Hohngelächter erstickt würden. Braun uniformierte Jammargestalten klatschen Prinzen, Generälen und sonstigen Konjunkturpolitikern Beifall, weil die

ihnen Zukunftsbilder des Dritten Reiches an die Wand malen. Die Bonzokratie der Nazis mit ihren großen Gehältern verspricht zwar auch die Not des Volkes zu mildern. Ob aber Großlandwirte, Generäle, Hohenzollernprinzen und Unternehmer sich in der Hitler-Partei vereinigt haben, um der schreienden Not des Volkes Einhalt zu gebieten, muß jeder bezweifeln, der nur halbwegs denken kann.

Die Propheten des Dritten Reiches haben noch niemals in ihrem Leben hungereleid oder die Not der Arbeiter persönlich kennengelernt. O nein — sie wollen mit Hilfe ihrer Stimmen die politische Macht ergattern, um den jetzigen Zustand zu erhalten. Aber wie man solche Widerwärtigkeiten an sich auch betrachten mag, Frau Salomon hat recht, wenn sie schreibt: „Solange die große Masse der Menschen unzureichend bchaust, bekleidet und ernährt ist, solange wirkt der Glaube an die Überproduktion verhängnisvoll, solange wird der gesunde Menschenverstand sich nicht dabei beruhigen, solange wird es Menschen geben, die den Mangel an gesellschaftlicher Organisation anklagen.“

Schon zu einer Zeit, als weder Prinzen noch Generäle oder Nazis ihr soziales Herz entdeckten, haben die deutschen Gewerkschaften und mit ihnen die Sozialdemokratische Partei für die Abstellung des Elends sich bemüht. Der Kapitalismus hat mit seinen Kreisen immer wieder wichtige Errungenschaften oder Ansätze zu einer Besserung des Lebensstandes zunichte gemacht. Wieder steht ein Wahlkampf vor der Tür. Gerade die schreiende Not in den Wohnvierteln der arbeitenden Klasse muß uns ein Ansporn sein, für die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag zu sorgen.

Dies geschieht, indem die Arbeiterschaft für die Liste 2 stimmt.

## Frauen, schützt euch!

Frauen! Habt ihr schon vergessen, daß die Nationalsozialisten im Preußenlandtag eure Frauenwürde mit den Füßen getreten haben? Nein, nein, ihr müßt es nicht vergessen haben, denn die Nazi-Freiheit muß sich in alle Frauenhirne eingehämmert haben. Und jetzt müßt ihr allen anderen Frauen davon erzählen, wenn nicht das letzte Stück Kultur, das letzte Stück Freiheit, das letzte Stück Frauenwürde von den Nazis vernichtet werden soll.

Wie war es doch? In einer der ersten Sitzungen des Preußenlandtages, der im April gewählt worden war, protestierten die sozialdemokratischen weiblichen Abgeordneten dagegen, daß die Nazis zum Kriege hetzten, daß sie die Sozialdemokratie als antinational bezeichneten. Als die Nazis sich überhaupt nicht beruhigten — sie tobten in ihrem Machtkoller nach der Preußenwahl hemmungslos gegen die Arbeiterschaft — da schleuderten ihnen unsere sozialdemokratischen weiblichen Abgeordneten die Wahrheit ins Gesicht: „Wir haben unsere Söhne im Kriege geopfert“.

Zuerst waren die Nazis still und es schien, als ob sie die Würde dieser Frauen respektieren wollten. Aber es war ein Irrtum. Einer der Nazis brüllte jenen Müttern, die von ihren kriegsgefallenen Söhnen gesprochen hatten, entgegen: „Ihr dummen Ziegen, dazu werden sie euch ja gemacht!“ Und viele andere nationalsozialistische Abgeordnete griffen diese Beschimpfung auf, hohnlachend schleuderten sie sie den weiblichen Abgeordneten entgegen.

In diesem kurzen Augenblick wurde die abgrundtiefe Gemeinheit der Nazis aufs neue offenbart.

Die Nazis achten weder die Frauen, noch das Menschenleben. Sie beschimpfen die deutschen Mütter und vernichten ihre nationalen Opfer, die sie in ihren Söhnen und mit ihrem eigenen Herzblut gebracht haben.

Das ist nationalsozialistisch! Frauen, schützt euch! Ihr habt es in der Hand, die Gemeinheit der Nationalsozialisten auszurotten. Ihr habt es in der Hand, eure Kinder zu retten.

Werbt für die Sozialdemokratie. Wählt Liste 2 und es wird euch niemand mehr beschimpfen!



# Verbandsleben



## Die Gewerkschaftsjugend wirbt!

Gewerkschaftsjugend! An die Front! Wir werben trotz Krise, trotz Arbeitslosigkeit, trotz Mietscherei und Verzweiflung, trotz Nörgelei und Hetze. Wir werben, weil wir wissen: Einigkeit verleiht Stärke, Einmütigkeit gibt neuen Auftrieb für gewerkschaftliche Arbeit. Zusammenstehen in der Organisation erhöht die Widerstandskraft gegen Reaktion und Maulheldentum. Die gewerkschaftlich organisierte Jugend wirbt unter dem unorganisierten Jungvolk. Sie ruft allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen zu: Helft beim Werben! Organisiert Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Schickt sie in die Jugendabteilungen der Gewerkschaftsjugend!

Die Werbearbeit wird durchgeführt durch Hausgitation unter Verwendung von Flugblättern Ende Oktober und in den drei Wochen des November nach der Reichstagswahl. Ausstellungen und werbende Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend während dieser Zeit werden Einblick in das Wirken gewerkschaftlich organisierter Jungvolks für Eltern und Jugendliche geben. Zur Durchführung dieser Werbearbeit werden Helfer gebraucht. Wer sich zur Verfügung stellen kann, melde sich in den Ortsausschüssen. Sie werden durch das Jugendkartell in Verbindung mit den Jugendabteilungen der Berufsverbände die Maßnahmen für das Werben in die Wege leiten.

Außer der direkten Mitarbeit beim Werben bedarf es noch einer selbstverständlichen, stillen Werbetätigkeit im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Bekanntenkreis und daheim. Still und selbstverständlich ist diese Art der Werbung genannt, denn sie wird nicht vollbracht mit großen Reden. Ihr Erfolg hängt ab vom Menschen, der Werber ist. Ein Gewerkschafter von echtem Schrot und Korn findet gegenüber dem Jungvolk das rechte Wort, das Vertrauen auslöst zu ihm und zur Gewerkschaft, die er vertritt. Nicht mit Versprechungen und Redensarten darf geworben werden, nicht mit starken Worten, die den Anschein großer Macht erwecken, auch nicht mit Verdrehungen und Schlagworten. Gewerkschafter sind aufrecht und gerade wie ihr Wollen. Sie können und müssen auf „krumme“ Wege verzichten. Und mit Aufrichtigkeit und Innerlichkeit für die Bewegung gewonnene junge Arbeiter und Arbeiterinnen werden echte Mitkämpfer für die gewerkschaftlichen Organisationen und für den Sozialismus.

Wir brauchen viele Mitstreiter! Das Heer gewerkschaftlich unorganisierter Arbeiter ist noch riesengroß. Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftskollegen: Wirkt in diesem Heer. Erwerbt euch das Vertrauen der jungen Generation durch echtes, aufrechtes Gewerkschaftertum! Gewinnt die jungen Kollegen für die freien Gewerkschaften! Gewinnt sie als Kämpfer für den Sozialismus!

## Bezirkskonferenz von Brandenburg

In Anwesenheit von 77 Delegierten aus 44 Verwaltungsstellen des Bezirks tagte am 16. Oktober die Konferenz in Berlin. Zunächst gab der Bezirksleiter, Kollege Mieses, den Jahresbericht: Die Krise habe sich wirtschaftlich immer mehr zumungunsten der Metallindustrie ausgewirkt und selbst die größten und finanziell bestfundierten Betriebe erfaßt. Am besten beschäftigt sei noch die optische Industrie in Rathenow, während alle sonstigen Industriegruppen wie auch das Handwerk, ausnahmslos schwer danieder liegen. Dadurch bedingt, ist ein Verlust der Mitglieder eingetreten von 11,14 vH. Der Mitgliederbestand betrug am 30. September 1932 24.379 gegenüber 27.452 am Ende des Jahres 1931.

Für die Werbearbeit unter den weiblichen Beschäftigten sind Agitationskommissionen eingerichtet worden. Die Organisationsarbeit unter den jugendlichen Kollegen war rege. Am 28. Febr. 1932 fand eine Konferenz der Jugendleiter statt, am 2. und 3. Juli ein Jungentreffen in Landsberg a. d. Warthe und Küstrin mit 416 Teilnehmern. Auf die Wirtschaftsschule in Dürrenberg konnten aus dem Bezirk 20 Teilnehmer entsandt werden. Rege Tätigkeit entwickelten die Funktionäre des DMV bei den Sprachausschüssen der Arbeitsämter, als Besitzer vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten, sowie bei der Vertretung vor den sozialen Rechtsinstanzen. Zur Schulung der Mitglieder wurden durch den Bezirkssekretär, den Kollegen Weiß, 51 Vorträge mit 255 Teilnehmern gehalten. Der Zusammenschluß der Kupferschmiede mit dem DMV ergab im Bezirk eine Zunahme von 237 Kollegen aus 12 Verwaltungsstellen.

Besonders tätig war die Organisation in der Abwehr des Lohnabbaus. Die jetzt bestehenden Löhne sind meist auf Grund der Notverordnung vom 9. Dezember 1931 festgesetzt. Nur in einer Reihe von Innungen ist versucht worden, die Löhne weiter herabzusetzen. In letzter Zeit tritt das Bestreben zutage, überall einen neuen Lohnabbau auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September 1932 vorzunehmen. Die Organisationsleitung hat sich mit voller Energie dagegen gewandt und mit Ausnahme eines Falles bisher den Lohnabbau nach der Verordnung abzuwehren können. Der Verband Brandenburgischer Metallindustrieller hat die Bezirksleitung Brandenburg des DMV darauf hingewiesen, daß er bei weiteren Verhalten gegen die Durchführung der Notverordnung die Organisation schadensersatzpflichtig machen werde. Trotzdem hat die Bezirksleitung die Abwehr beibehalten.

Bei der Erörterung des Berichts der Bezirksleiter berichteten die Vertreter über ihre örtlichen Verhältnisse und erklärten ihre Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Organisationsleitung. Gewünscht wurde, daß die Berechnung der Erwerbslosenunterstützung bei finanzieller Besserung der Hauptkasse bald dahingehend geändert wird, daß die Berechnung wie vor dem Verbandskongress in Dortmund auf der Grundlage von 72 statt 92 zurückliegenden Beitragswochen erfolge. Einsetzung wurde der Bezirksleitung das vollste Vertrauen ausgesprochen und es wurde begrüßt, daß der Verband die Führung im Kampf gegen den Lohnabbau mit den äußersten Mitteln ergreift hat.

Darauf hielt der Kollege Schlicstedt vom Vorstand einen Vortrag über die Notverordnung vom 5. September 1932, den Volksentscheid und die Reichstagswahl. Seine Ausführungen erregten die volle Aufmerksamkeit der Konferenz. Sie zeigten die Schwierigkeit der Stellungnahme zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen, wie auch den Willen der Organisationsleitung, alles zu tun, um die Rechte der Arbeiter zu erhalten.

Nach dem ebenfalls aufgenommene Vortrag wurden die Kollegen Paul Lehnau-Rathenow und August Witt-Kottbus als Vertreter zum erweiterten Beirat gewählt. Als Mitglieder der Bezirkskommission wurden erwählt: Heinrich Witt-Brandenburg a. d. H., Emil Sträver-Fünsterwalde (N.L.), Richard Heyla-Luckenwalde und Carl Gahl-Nowawes-Potsdam.

## Noch einmal: „Freiwilliger Arbeitsdienst“

Ein Verbandsmitglied schreibt: In Nr. 42 der MZ ist in kürzeren Aufsätzen die Stellung der Gewerkschaften zum FAD dargelegt. Darin kommt mehr oder weniger zum Ausdruck, daß 1. das Erwerbslosenproblem auf diese Weise nicht gelöst wird; 2. viele Verbesserungen erforderlich wären, um die Arbeit in den Lagern sinnvoll und erträglich zu machen; 3. schon jetzt die Möglichkeiten für das Unternehmertum bestehen, sich billigste Arbeitskräfte zu beschaffen.

Nun machen sich die Verfasser der genannten Aufsätze die Illusion, man brauche nur darauf zu drängen, einige Schönheitsfehler „fallen“ zu lassen und der körperlich und seelische Erholungsurlaub für den erwerbslosen Jugendlichen wäre dann fertig. Solche Auffassungen sind sehr geeignet, die Arbeiterklasse, vor allem die Jugendlichen einzulullen. Dies zeigt schon eine Gegenüberstellung der Ziele von „Fachleuten“ auf diesem Gebiet. Oberst Hierl und Arnhold von der Dinta gleichen sich in der Zielsetzung durchaus: Verbesserung und Verbilligung der Produktion; die Arbeits- und Schaffensfreude soll umgemünzt werden in Profit. Und die Freiwilligkeit? Wie lange noch freiwillig? Wenn heute nichtunterstützte Jugendliche aus Not zum FAD gehen, dann ist das ja auch „freiwillig“?

Wie müssen wir aber dies ganze Unterfangen mit dem FAD einmal vom gewerkschaftlichen Standpunkt ansehen? Da stellen wir fest, daß der FAD nichts anderes ist, als ein Versuchsballon für die Arbeitsdienstpflicht. Es kommt nicht darauf an, was wir in ihm zu sehen wünschen, sondern was die herrschende Klasse daraus macht. Der FAD wird immer mehr das „Ertüchtigungsmittel“ für die Jugend im Sinne Papens und Schleichers werden. Da nützt alle Gesundheitserei nichts, sondern es heißt klare und scharfe Kampfstellung beziehen gegen jeden dieser Rettungsversuche einer verfallenden Gesellschaft. Die Gewerkschaften müssen hier ganz vorn in der Abwehr stehen. H. Hartig.

**Nachbemerkung der Schriftleitung.** Es denkt natürlich im freigewerkschaftlichen Kreis niemand daran, in dem FAD, wenn etwas verbessert, eine Art Erholungsurlaub für den erwerbslosen Jugendlichen zu sehen. So ziemlich jeder Freigewerkschafter weiß, daß der FAD volkswirtschaftlich nutzlos, politisch eine Gefahr und seelisch (für die Teilnehmer) fragwürdig ist. Das ist von unserer Seite ja auch vielfach und deutlich gesagt worden.

Wenn sich trotzdem gewerkschaftliche oder ihnen nahestehende Gruppen an den FAD beteiligen, so nur um Schlimmeres zu verhindern. Zahlreiche Jugendliche, von körperlichem, familiärem und seelischem Elend zermürbt, gehen zum FAD, um wenigstens einmal wieder geordnete Arbeit und ein paar Groschen zu bekommen. Die reaktionären Verbände, gute Ernte aus dem Elend der Proletarier witternd, bemächtigen sich immer mehr des FAD. Die gewerkschaftlichen Organisationen, sich in einer Zwangslage befindend, glaubten dem nicht tatenlos gegenüber stehen zu dürfen. Sie haben daher gleichfalls an dem FAD teilgenommen, um die hierfür zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel möglichst voll den erwerbslosen Teilnehmern zukommen zu lassen und Arbeiten auszuführen, die von wirklich sozialem Wert sind. Gleichzeitig haben die gewerkschaftlichen Organisationen dämpfend auf den Überschwang und Eifer der reaktionären Verbände gewirkt. Indem die gewerkschaftlichen Organisationen sich an dem FAD beteiligten, waren sie vollständig frei von irgendwelchen Illusionen über seinen Wert in wirtschaftlicher Hinsicht. Das noch einmal zu betonen, scheint uns notwendig, um zu verhindern, daß über das Tun der gewerkschaftlichen Organisationen irgendwelche Illusionen entstehen.

## Wilhelm Weber Jubilar

In die Reihe unser Jubilare hat sich jüngst auch Wilhelm Weber, unser Geschäftsführer in Offenbach a. M., eingeschrieben. Als er anno 1876 zu Ober-Roden in die deutsche Öffentlichkeit schlüpfte, ist ihm schwerlich ins Ohr geflüstert worden, daß er zu großen Dingen berufen sei. Damit ist es bei ihm nun freilich auch nicht grade schnell gegangen. Er war fast 10 Jahre im DMV und hatte da wacker mit in die Speichen gegriffen, ehe er (am 1. November 1907) angestellt wurde. Der Stellung als Geschäftsführer kehrte er, einem guten Drange folgend, im Dezember 1920 den Rücken, um Revisor bei der Hauptkasse in Stuttgart zu werden. Daß das nicht lange dauern werde, hatten wir uns gleich gedacht. Was hätten die Offenbacher ohne ihren Wilhelm, und dieser ohne sie wohl viel machen können? So nahm denn seine Odyssee zu beiderseitigem Wohlgefallen bald wieder ein Ende, um eine jetzt aber dauernde Verankerung mit Offenbach zu bewerkstelligen. Wieder in der geliebten Einöde, war es sozusagen selbstverständlich, daß Wilhelm dem Verbandsbüro erneut zustrebte. Wer einmal mit den Männern vom Stahl und Eisen zu tun gehabt hat, den zieht es mit magischer Gewalt zu ihnen zurück: Wilhelm Weber wurde abermals unser Geschäftsführer. Da man, wie alle Welt weiß, immer, wenn tüchtige Männer gebraucht werden, auf die Metallarbeiter zurückgreift, wurde Wilhelm nach Darmstadt, das ist die Metropole Hessens, und gar nach Berlin zum Regieren berufen. In seiner Eigenschaft als Gesetzgeber ist Wilhelm im ganzen Hessenland herumgekommen, hat überall für unsre Sache gewirkt, ist allerwärts willkommen. Und unversehens ist er zum Angestellten-Jubiläum des DMV geworden. Er wird sich, selbst mit dieser Last beschwert, noch nicht auf die Barkenhaut legen, sondern weiter schaffen wie bisher. Das erwarten seine guten Offenbacher, das erwarten und wünschen auch wir. In diesem Sinne: Freiheit!

## Rund um den Rundfunk

Die Unzufriedenheit der Rundfunkhörer nimmt täglich zu. Es ist daher kein Wunder, daß das 3. Quartal wie das zweite einen Rückgang der Hörerzahl mit über 42.000 brachte, obwohl die Zahl der von der Rundfunkgebühren befreiten Arbeitslosen in den letzten sechs Monaten um 125.000 gestiegen ist. In fast allen Ländern, besonders in England, das man gern zum Vergleich heranzieht, ist auch in dieser Zeit die Zahl der Hörer gestiegen. Der auffällige Rückgang in Deutschland ist nur durch die maßlose Verbilligung der Hörer über die Entwicklung der deutschen Rundfunkprogramme zu erklären. Wenn die Wahl am 6. November dem heutigen Regierungskurs nicht ein kräftiges Halt bedeutet, so wird insbesondere der werktätige Hörer immer mehr den Auslandsrundfunk pflegen müssen, oder wenigstens seinen Ortsender jedesmal ausschalten, wenn dieser ihn mit Klängen der Vorzeit ärgert.

Der Volkfunk zeigt auch im neuen Heft, wie dieser Kampf um den Rundfunk fortgeführt werden muß. Das Heft bringt neben den bildgeschmückten Programmen der deutschen Großsender auch die Programme aller wichtigen europäischen Sender. Der Bezugpreis durch Buchhandel oder Post ist 96 Pf. monatlich frei Haus. Der Volkfunk-Verlag, Berlin SW 68, sendet Probehefte kostenlos.

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 6. November, ist der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6.-12. November 1932 fällig.

Mitglieder, deren Mitgliedsbücher mit Ende dieses Jahres vollgeklebt werden, wollen schon jetzt ihre zuständige Ortsverwaltung auf diesen Umstand aufmerksam machen, damit Bestellungen rechtzeitig gemacht werden können und sich am Jahreschluß nicht zu stark häufen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

## Wilhelm v. d. Heide

Am 26. Oktober wurde der Leiter unseres Bezirks München, Wilhelm v. d. Heide, zu Grabe getragen. Der fatale Ausgang einer Operation machte dem Leben des erst 47-jährigen jäh ein Ende. Von Bochum, wo er geboren, ging er auf die Wanderschaft. Mit 19 Jahren trat der Mechaniker in Mannheim unserem Verbands bei. Er selbst hat uns wiederholt erzählt, daß er lange am Flugmotorbau beschäftigt war, eine Tätigkeit, die ihn stark fesselte und seine starke Anteilnahme am Flugwesen begründete. Im Jahre 1920 wurde er zum Geschäftsführer unserer Münchener Ortsverwaltung bestellt, ein gutes Jahr später zu unserem dortigen Bezirksleiter.

Diese kargen Daten können nur den Rahmen für das Wirken eines so ehrlich überzeugten und gewissenhaften Gewerkschaftsangehörigen bilden. Dies gilt insonderheit bei Heide, der mit ganzer Seele bei der sozialistischen Sache war und weit mehr als seine gewerkschaftliche Pflicht erfüllte. Wenn er sein wahrhaftig nicht geringes Pensum im Büro erledigt hatte, vertiefte er sich in die Literatur, um sein Wissen zu bereichern und Kampfesmittel für die Sache seiner Kollegen zu beschaffen. Dem weiteren Kollegenkreis dürfte es unbekannt sein, daß wir unserem verstorbenen Bezirksleiter ein aufschlußreiches Buch über die Wirtschaft und die Arbeiter, das 1930 erschien, verdanken. Diese Wirtschaftsbetrachtung, für das Selbststudium der Arbeiter und Angestellten berechnet, ist aus Heides Lehrtätigkeit an der Gewerkschaftsschule in München entstanden. Dies läßt erkennen, daß Heide das im Büro wie in der Freizeit erworbene Wissen seinen Klassengenossen freigebig zufließen ließ.

Im Reigen unserer Bezirksleiter war Heide so etwas wie ein Eigener, das heißt, er hatte über viele Fragen eine besondere Meinung, die deutlich zu vertreten er sich nicht scheute. Das hat ihn manchem erst eigentlich recht sympathisch gemacht. Man wußte, daß er eine eigene Meinung hatte und daß sie die Frucht reiflicher Überlegung und ehrlicher Überzeugung war. Im persönlichen Verkehr war er höchst liebenswürdig, immer gern gesehen und wohl gelitten. Was Wunder, daß er viele Freunde hatte und die Verbandskollegen fest zu ihm standen auch unter schwierigen Umständen. Aus diesem so kameradschaftlichen Verhältnis ist reicher Zins gesprossen für die Arbeiterbewegung und besonders für unseren Verband.

Es wird schmerzhaft sein, auf unseren Tagungen nun den Kollegen Heide vermissen zu müssen. Noch lange wird man suchend nach dem Platz schauen, den er auf unseren Beiratsitzungen einnahm. Noch viel länger aber werden alle, die Wilhelm Heide gekannt haben, sich seiner freundlich erinnern und seinen jähen Tod aufrichtig beklagen. Seiner Familie, die einen noch herberen Verlust erleidet als wir, seine Kollegen, vermögen wir als Trost nur Worte des tiefsten Beileids und der Klage sagen, Worte, die ganz unzulänglich sind, um den schweren Schicksalsschlag zu mildern, der die nächsten Angehörigen betroffen hat. Mit ihnen werden wir den Heimgang Heides betrauern und sein Andenken in vollen Ehren halten.

## Johann Janecek

In die vorderste Reihe unseres österreichischen Bruderverbandes hat der Tod eine klaffende Lücke gerissen. Am 24. Oktober ist Johann Janecek, der Verbandsvorsitzende, einem Herzschlag erlegen. Die mittelbare Todesursache wird wohl die seelische Qual gewesen sein, die dem Gewerkschaftsangehörigen das namenlose Elend des Proletariats bereitete. Es ist ein zermürbendes Gefühl, seinen immer tiefer in Not und Verzweiflung sinkenden Schicksals- und Klassengenossen nicht oder nur noch unzulänglich helfen zu können. Nur wenige können diesem seelischen Druck standhalten. Daher jetzt die zahlreichen Todesfälle in dem Kreis der Funktionäre der Arbeiterbewegung.

Johann Janecek sind nur 52 Jahre beschieden gewesen. Als er im September 1930 zum Nachfolger von Franz Domes erkoren wurde, erhielt er neue schwere Lasten. Mit dem Posten des Vorsitzenden bekam er verschiedene Ämter, von denen jedes allein die volle Kraft eines Mannes verlangte. Er wurde unter anderem nun noch Vizepräsident im gemeinwirtschaftlichen Arsenal und Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes; dem Nationalrat gehörte er seit 1927 an. Zu diesen Geschäften fügte sich die schwierige Reorganisation des Verbandes, die durch die Schrumpfung der österreichischen Metallindustrie geboten war. Von soviel Lasten beschwert, braucht man sich über den Zusammenbruch nicht zu wundern.

Da Janecek erst zwei Jahre an der Spitze des Verbandes stand, konnte er im Reigen der Eisernen Internationale nicht so bekannt sein, wie sein allseitig geschätzter Vorgänger Franz Domes. Immerhin hat er bei den Gelegenheiten, die ihn in den Kreis unserer Internationale brachten, einen vorzüglichen und versprechenden Eindruck hinterlassen. Er war ja noch so jung, er hatte ja noch viel Schaffenszeit vor sich, so daß man glaubte, von ihm noch mehr erwarten zu können, zumal er 28 Jahre Verbandsmitglied war und mehr als zwei Jahrzehnte in einem besoldeten Amt der Arbeiterbewegung stand, von den Ehrenämtern ganz zu schweigen.

Nun hat sich der Vielbeschäftigte zum ewigen Schlummer niedergelegt, und das in einer Zeit, die voller Schwierigkeiten und Konfliktstoff ist. Uns deutschen Kollegen, die wir den österreichischen Genossen durch viele Fäden der Freundschaft und der Schwagerlandsmannschaft verbunden sind, geht der Tod des immertätigen und sympathischen Janecek äußerst nahe, ebenso nahe, wie den österreichischen Kollegen selbst. Und wenn unsere österreichischen Kollegen dem toten Freund das letzte Geleit geben, werden wir im Geiste tieftrauernd dabei sein und einen Kranz aus Lorbeer und Maien am Sarge dessen niederlegen, der einer der Besten von uns war.

# Die französischen Gewerkschaften und die Abrüstung

Die französischen Gewerkschaften standen im Kampf gegen den Krieg allzeit in der Vorhut. Schon vor dem Kriege vertraten sie Forderungen, die international erst nach dem Weltkrieg zum Allgemeingut der Gewerkschaftsbewegung wurden. Als dann im Jahre 1920 die von der ersten Völkerbundsversammlung eingesetzte technische Kommission zur Behandlung der Abrüstungsfrage ihre Wirksamkeit aufnahm, war es vor allem Jouhaux, der jenen Entwurf eines Abkommens über die Kontrolle der Herstellung und des Handels von Waffen und Munition verteidigte, der das Problem der Abrüstung an der Wurzel anpacken sollte. Jedoch gerade aus diesem Grunde wurde jener Entwurf von den in Genf vertretenen Mächten bald auf die Seite geschoben. Als Herriot ans Ruder kam und eine neue Delegation zusammenstellte, erklärte sich Jouhaux wieder bereit, nach Genf zu gehen, wobei er nicht unterließ, sich zu vergewissern, daß es ihm gestattet sei, seine alten Forderungen zu vertreten. Eine diesbezügliche Frage wurde vom französischen Ministerpräsidenten mit einem eindeutigen Ja beantwortet.

Dessenungeachtet machte sich auf der am 4. und 5. Oktober in Paris angehaltene Sitzung des Ausschusses des Gewerkschaftsbundes eine ziemlich starke Opposition gegen Genf bemerkbar, die natürlich in vollem Umfange auf die bis jetzt unbefriedigenden Resultate der Abrüstungskonferenz zurückzuführen ist. Es ist begreiflich — und es darf an sich begrüßt werden! —, daß die Mißerfolge in Genf die Arbeiter an ihre eigenen Pflichten im Kampfe gegen den Krieg und vielleicht auch an eigene Unterlassungsünden und mangelnde Entschlußkraft erinnern. Milan, der Vertreter der Hutarbeiter, brachte dies sehr klar zum Ausdruck, indem er sich mit folgenden Worten an Jouhaux wandte: „Wie ernst und entschlossen Du auch Dein Ziel verfolgen magst, so wirst Du doch nicht verhindern, daß das nach Deiner Ansicht wirksamste Mittel, d. h. die weitere Mitwirkung bei der Herbeiführung eines Abkommens, für die Gewerkschaftsbewegung gefährlicher ist als ein Appell an das Gewissen der mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigten Arbeiter. Wenn diese Arbeiter gegenüber der Stimme der Vernunft taub bleiben, so drückt die Verantwortung auf uns Führer weniger stark, als wenn wir die Machtlosigkeit der Abrüstungskonferenz feststellen müssen, an der unser Vertreter beteiligt ist.“

Jouhaux hat es nicht versäumt, gerade in bezug auf die selbständige Aktion der Arbeiterklasse auf den springenden Punkt der neuen Sachlage hinzuweisen, d. h. auf jene Frage, die bei der Aufstellung der allgemeinen Forderung des „Generalstreiks im Kriegsfall“ nicht präzisiert wurde und bei den Untersuchungen des am 23. September in Berlin neuerrichteten Antikriegskomitees des IGB den ersten Platz einnehmen muß: Zu welchem Zeitpunkt ist die direkte Aktion gleichzeitig am wirkungsvollsten durchzuführen? Jouhaux blieb die klare Antwort nicht schuldig. Mit folgenden Worten machte er auf das zentrale Problem aufmerksam: „Ich hoffe, daß die Pflichten der Arbeiterklasse nicht in Frage gestellt werden. Wir müssen dazu stehen, daß die Gewerkschaften im Kriegsfall mit dem Generalstreik antworten, bevor der bewaffnete Konflikt Tatsache geworden ist.“

Was die Mitwirkung von Jouhaux als Mitglied der französischen Abordnung in Genf betrifft, so beantwortete er die an ihn gerichtete Bitte, bei einem eventuellen Mißerfolg des Abrüstungswerkes in Genf seine Mitwirkung einzustellen, wie folgt: „Es ist mir ein leichtes, auf diese Aufforderung zu antworten, und zwar deshalb, weil das Werk des Völkerbundes als gescheitert betrachtet werden muß, wenn die Abrüstungskonferenz zu keinem Resultat gelangt. In diesem Falle wäre es nicht mehr nötig, nach Genf zu gehen, weil Genf selber seine Ohnmacht erwiesen hätte.“

# Brot müssen wir haben!

Mit diesem Schrei zogen am 10. Oktober lange Menschenzüge durch die Straßen von Belfast, der nordirischen Stadt. Der Schrei nach Brot wurde von der Obrigkeit mit Bajonettstichen und Bleikugeln beantwortet. Ein paar von den hungernden Erwerbslosen waren tot, einige Dutzend verwundet. Die Straße sah nach diesem Straßenkrieg aus wie eine im Krieg verwüstete Stadt in Nordfrankreich, wohin sich britische Proletarier hatten lotsen lassen, um das Vaterland vor der „Preußerei“ zu bewahren. Mit ihrem Protest gegen die Gleichgültigkeit des Staates gegenüber den Opfern der kapitalistischen Mißwirtschaft taten die Belfast Arbeiter nur, was ihre Schicksalsgenossen in Liverpool, Glasgow, London, Newcastle und andern englischen Orten vorher getan hatten. Früher schlugen sich die irischen Proletarier wegen religiöser Dinge die Köpfe blutig, jetzt vereinen sie sich zum gemeinsamen Kampf gegen ihren wirklichen und einzigen Feind. Noch ehe der Winter vorüber ist, dürfte man in ganz Britannien wissen, daß die englischen Arbeitslosen nicht länger geneigt sind, das Gebot der herrschenden Schicht, stumm zu verhungern, befolgen werden.

Nach den Londoner Zeitungen war die Revolte in Belfast bedeutend ernster, als amtlich zugegeben wurde. In Belfast wird denen, deren Recht auf regelrechte staatliche Unterstützung erschöpft ist, in der Hauptsache in Form von Notstandsarbeit geholfen. Hierfür wird außerordentlich wenig bezahlt und die Arbeit währt nur ein paar Tage in der Woche. Die Arbeitslosen fordern bessere Bezahlung und längere Beschäftigung. Da die Hilfsbehörde taub blieb, gab es die Kundgebung mit dem tragischen Ausgang. Das Gewerkschaftskartell hat in einer Entschloßung den Generalstreik gefordert. Ein Teil der linksbürgerlichen Presse liest der Regierung scharf die Leviten und erklärt, daß man sich über solche Ausbrüche der Empörung nicht zu wundern brauche, wenn die Arbeitslosen derart behandelt würden.

Die Regierung hat, wie New-Chronicle am 15. Oktober meldet, neue Hilfsmaßnahmen getroffen. Fortan soll ein verheirateter Mann ohne Kinder wöchentlich zweieinhalb Tage Beschäftigung und dafür 20 Schilling erhalten; ein Mann mit zwei bis drei Kindern drei Tage Arbeit und 24 Schilling, mit drei bis vier Kindern dreieinhalb Tage Arbeit und 28 Schilling, mit mehr als vier Kindern vier Tage Arbeit und 28 Schilling. Wenn die jetzt streikenden Wohlfahrtsarbeiter die Tätigkeit gleich wieder aufnehmen, sollen sie ohne weiteres wieder beschäftigt werden.

# Die Autoindustrie wird zerschlagen

Eine Million Kraftfahrzeuge müssen jährlich 518 Millionen Staatslasten aufbringen. Diese ungeheure Belastung hat zu einer starken Schädigung der Autoindustrie und all den Zweigen geführt, die mit ihr zusammenhängen. In den letzten zwei Jahren ist die Belastung der Kraftfahrzeuge in kurzen Abständen nicht weniger als fünfmal erhöht worden. Im vergangenen Winter wurden 250 000 Kraftwagen stillgelegt. Ein Vermögen von 500 Millionen liegt vollständig brach. Man schätzt die stillgelegten Kraftfahrzeuge im kommenden Winter auf 400 000. Im deutschen Kraftfahrzeuggewerbe werden etwa 500 000 Menschen beschäftigt. Daß die Arbeitslosigkeit durch eine derartige Belastung außerordentlich erhöht wird, dürfte jedem klar sein. Die Regierung unternimmt die verzweifeltsten Versuche, die Wirtschaft anzukurbeln. Zur gleichen Zeit zerschlägt sie einen großen Zweig des modernen Verkehrs.

# Die Ergänzung sozialer Leistungen

Die „Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen“ sieht zunächst die Gewährung einer „Zulage“ für Empfänger von versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung und von Krisenunterstützung vor. Die Sätze dieser Unterstützungen werden also nicht erhöht, sondern es wird zu ihnen eine Zulage gewährt. Die Zulage erhalten Unterstützungsempfänger der Lohnklasse I bis VI, wenn sie mindestens einen Familienzuschlag beziehen. Die Zulage beträgt für je 6 Unterstützungstage bei Arbeitslosen

mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 M, mit drei oder vier zuschlagsberechtigten Angehörigen 3 M, mit mehr als vier zuschlagsberechtigten Angehörigen 4 M.

Eine Abstufung der Zulage nach Ortsklassen erfolgt nicht. Sie wird gewährt, wenn dem Arbeitslosen die Hauptunterstützung für sechs zusammenhängende Wochentage zu zahlen ist. Scheidet der Arbeitslose aus der Hauptunterstützung aus, so sind sonst außer Betracht bleibende Tage zusammenzuzählen. Wenn sich daraus 6 Tage ergeben, wird hierfür die Zulage gewährt. Für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit bleibt diese Zulage außer Betracht. Es ist also bei der Prüfung die ohne diese Zulage für notwendig befundene Unterstützung zu gewähren. Arbeitslose der Lohnklasse VII bis XI erhalten die Zulage nur, wenn ihr Unterstützungssatz ohne Zulage weniger beträgt, als der entsprechende Satz der Lohnklasse VI mit Zulage. Die Zulage wird für die Zeit vom 31. Oktober 1932 bis 1. April 1933 gewährt, ist also eine ausgesprochene Winterzulage.

Für die Zeit vom 31. Oktober 1932 bis 1. April 1933 wird auch die Ortsklasseneinteilung geändert. Durch die Verordnung vom 16. Juni 1932 wurde unterteilt für Orte der Sonderklasse und der Ortsklasse A, für Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern der Ortsklassen B bis E und für Orte mit weniger als 10 000 Einwohnern der Ortsklassen B bis E. Für die Wintermonate sollen die Sätze der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung, wie sie für die Sonderklasse und Ortsklasse A festgesetzt, in allen Orten mit mehr als 50 000 Einwohnern gelten. Die Sätze der Ortsklasse B mit mehr als 10 000 Einwohnern sollen für alle Orte der Klasse B (also auch für solche unter 10 000 Einwohnern) gelten. Direkten Nutzen hiervon haben die Arbeitslosen, denen für die ersten 36 Tage die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Die der Hilfsbedürftigkeitsprüfung unterliegenden Unterstützungsempfänger (auch in der Krisenfürsorge) haben nur indirekt Nutzen davon insofern, als sich der Höchstsatz der zulässigen Unterstützung erhöht.

Zum Ausgleich von Härten, die sich aus der Regelung vom 16. Juni 1932 während der Wintermonate ergeben, kann die

Reichsanstalt 8 Millionen ausgeben. Hierüber soll ihr Präsident mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers Näheres bestimmen.

In der Krankenversicherung verbietet die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Gewährung von Mehrleistungen. Solche dürfen erst wieder und nur gewährt werden, wenn der Beitrag vom Grundlohn 5 vH und weniger beträgt. Hier tritt jetzt eine kleine Lockerung ein. Die Krankenkassen dürfen auch bei einem höheren Beitrag Mehrleistungen gewähren. Diese sind aber beschränkt auf eine Erhöhung des Hausgeldes für Versicherte mit mehr als einem Angehörigen, die Zubilligung von Krankenhauspflege in der Familienhilfe und die Gewährung eines Zuschusses an Stelle dieser Krankenhauspflege. Für alle anderen Mehrleistungen bleibt es bei den Vorschriften der Verordnung vom 8. Dezember 1931.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 kürzte die Renten für Unfälle aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis 31. Dezember 1931 um 15 vH, die Rente für die übrigen Unfälle um 7,5 vH. Mit dieser Kürzung sollte die Rente dem gesunkenen Lohnstand angepaßt werden. Die jetzige Verordnung der Papen-Regierung hebt die Kürzung für Renten auf, die für Unfälle gewährt werden, die sich nach dem 31. Dezember 1932 ereignen. Die Lohnsätze sind inzwischen so sehr gemindert, daß selbst die Papen-Regierung eine besondere Senkung der künftigen Renten nicht mehr für notwendig hält.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dez. 1931 wurden Invalidenrenten, Angestelltenrenten usw. zum Ruhen gebracht, soweit sie neben Unfallrenten, Kriegsbeschädigtenrenten usw. gewährt wurden. Soweit Bezüge aus den Versorgungsgesetzen neben Renten aus der Unfallversicherung ruhten, blieb ein Betrag von 25 M monatlich unberücksichtigt. Nunmehr soll dieser Betrag auch unberücksichtigt bleiben, wenn Renten aus der Invaliden-, Angestellten- oder knappschaftlichen Pensionsversicherung mit einer Beschädigten- oder Witwenrente, die unmittelbar nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährt wird, zusammenreffen. Diese Vorschrift soll auch Anwendung finden zugunsten der Beschädigten- oder Witwenrenten nach dem Altrentengesetz, wenn die Dienstbeschädigung während der Teilnahme an einem Kriege oder einer kriegerischen Unternehmung erworben ist.

Daneben läßt die Verordnung vom 19. Oktober zu, daß die Versicherungsträger der Rentenversicherung (Angestellten-, Alters- und Invalidenversicherung) neben den gesetzlichen Leistungen widerruflich Mehrleistungen gewähren. Die Einführung von Mehrleistungen ist jedoch unzulässig, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährdet. Eingeführte Mehrleistungen müssen aufgehoben werden, sobald eine solche Gefährdung eintritt.

# Neue Entlohnungsarten in Rußland

Das Internationale Arbeitsamt weiß in seinem neuesten Jahrbuch der Sozialpolitik über neue Entlohnungsarten in Sowjetrußland zu berichten. Diesem Buch sind die folgenden Ausführungen entnommen.

In Sowjetrußland liegt die Lohnpolitik im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Regierung. Diese Politik, die augenblicklich auf die beschleunigte Industrialisierung des Landes gerichtet ist, beruht auf dem Grundsatz der Planwirtschaft. Neben den allgemeinen Wirtschaftsplänen, zum Beispiel dem Fünfjahresplan, werden alljährlich Sonderpläne für die einzelnen Wirtschaftszweige und innerhalb jedes Wirtschaftszweiges für jedes Unternehmen aufgestellt. Diese Pläne schreiben in jedem Fall die Höhe des Lohnfonds vor, der für die Ausführung eines bestimmten Planes ausgegeben werden darf. Im Rahmen dieses Fonds werden die Lohnstaffeln durch Kollektivvertrag festgesetzt. Im allgemeinen dient dieser weniger der Festsetzung der Löhne, als ihrer Verteilung innerhalb der gezogenen Grenzen.

In den ersten Jahren nach der Revolution erstrebte man in Rußland die größtmögliche Annäherung der Löhne aller Arbeitergruppen unter Abschwächung der Unterschiede zwischen der Entlohnung der gelernten und der ungelerten Arbeiter, der Arbeiter und der technischen Angestellten. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Stalin, erklärte, daß augenblicklich vor allem die Warenherzeugung und das Verkehrswesen durch möglichste Steigerung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter rasch gehoben werden müssen. Dazu ist erforderlich, daß den Arbeitern durch

eine geeignete Lohnpolitik ein Anreiz geboten wird. Stalin erklärte:

„Wir können nicht mehr zulassen, daß in der Metallindustrie etwa ein Strecker denselben Lohn erhält wie ein einfacher Keher. Es ist auch unzulässig, daß ein Lokomotivführer nicht mehr verdienen soll als ein Kopist. Der Lohn ist nicht nach den Bedürfnissen der Arbeiter zu bemessen, sondern unter Berücksichtigung der geleisteten Arbeit.“

Ein Beispiel für die Durchführung dieses Grundsatzes findet sich in der neuen Lohnregelung für den Kohlenbergbau und der Eisen- und Stahlindustrie. Der Unterschied zwischen den best-entlohnenden und den mindestentlohnenden Arbeitern wurde verschärft; außerdem wurden Akkordlöhne eingeführt, die mit der Leistung des Arbeiters in die Höhe gehen. Im Kohlenbergbau beträgt der niedrigste Tageslohn, sofern der Arbeiter den an ihn gestellten Anforderungen voll gerecht wird, 1,60 Rubel und der höchste Tageslohn 7 Rubel. In der Metallindustrie beträgt der niedrigste Tageslohn 1,70 bis 3,50 Rubel, der höchste Tageslohn aber 13 Rubel. Die früheren Löhne in diesem Wirtschaftszweig beliefen sich auf 1,30 bis 2,80 oder 7,25 Rubel.

Das System der Akkordlöhne mit progressiver Steigerung in den Kohlenbergwerken gilt für 90 vH der Untertagearbeiter und für 53 vH der Obertagearbeiter, das heißt für etwa 80 vH der gesamten Belegschaften. Es geht von einem bestimmten Arbeitsertrag aus, der mit dem Normalsatz entlohnt wird; wenn ein Arbeiter 1 bis 10 vH mehr leistet als die vorgeschriebene Mindestleistung, wird die Mehrleistung mit 25 vH über dem Normalsatz entlohnt; für eine Mehrleistung von 11 bis 20 vH wird eine Erhöhung von 40 vH gewährt. Weitergehende Leistungen werden mit einem um 80 vH höheren Satz vergütet. Das festbesoldete Personal erhält eine Vergütung von 50 vH, wenn es die ihm zugewiesene Aufgabe erfüllt und von 100 vH, wenn die Leistung das vorgesehene Ziel überschreitet.

In der Metallindustrie sind die Lohnsätze etwa in gleicher Weise aufgebaut. Wenn zum Beispiel das erste Drittel der vorgeschriebenen Leistung mit 100 entlohnt wird, beträgt die Entlohnung für das zweite Drittel 120 und für das letzte Drittel 150. Jede Mehrleistung wird mit 200 vergütet. Auch in dieser Industrie erhalten die Betriebsleiter, die Ingenieure und das übrige festbesoldete Personal bei zufriedenstellender Ausführung der ihnen gestellten Aufgabe oder bei Ersparnissen Sondervergütungen. Auch dem Hilfspersonal, das nicht eigentlich an der Erzeugung teilnimmt, können bei zufriedenstellender Ausführung seiner Arbeiten Sondervergütungen gewährt werden.

Es wird beabsichtigt, die Anwendung dieses Grundsatzes auf das gesamte Wirtschaftsleben auszudehnen. Dabei sollen Unterscheidungen getroffen werden zwischen leichter und schwerer, zwischen gelernter und ungelerner Arbeit; gleichzeitig soll die Akkordarbeit verallgemeinert werden, bis sie für 80 vH der gesamten Arbeiter Anwendung findet. Augenscheinlich arbeiten 64 vH der Arbeiter in Akkord. Unter dem System der progressiven Akkordlöhne, von dem oben Beispiele angeführt worden sind, fallen bereits 25 vH der Gesamtzahl der Arbeiter.

Gleichzeitig werden Bußen eingeführt, durch die sich in gewissen Fällen der Lohn verringert. Der Arbeiter erhält keinen Lohn, wenn seine Arbeit unterbrochen worden ist oder wenn er den Verlust von Rohstoffen verschuldet hat. Wenn er selbst nicht schuldig ist, erhält er die Hälfte des Normallohnes.

Diese Änderungen im System der Lohnzahlung sollen bereits einen beträchtlichen Einfluß auf den Arbeitsertrag ausgeübt haben.

Schließlich sei noch auf eine andere Form der Lohnzahlung hingewiesen. Sie besteht in der Zuweisung einer bestimmten Aufgabe an eine Arbeitergruppe, die sich gegen eine im voraus festzusetzende Entschädigung zu ihrer Ausführung verpflichtet. Etwa erzielte Ersparnisse kommen der Gruppe in einem bestimmten Verhältnis zugute. Ebenso muß sie aber auch die Verluste tragen, wenn sie den ihr zugebilligten Gesamtbeitrag überschreitet. Dieses System scheint immer mehr Eingang zu finden, besonders in der Großindustrie und im Eisenbahnbetrieb.



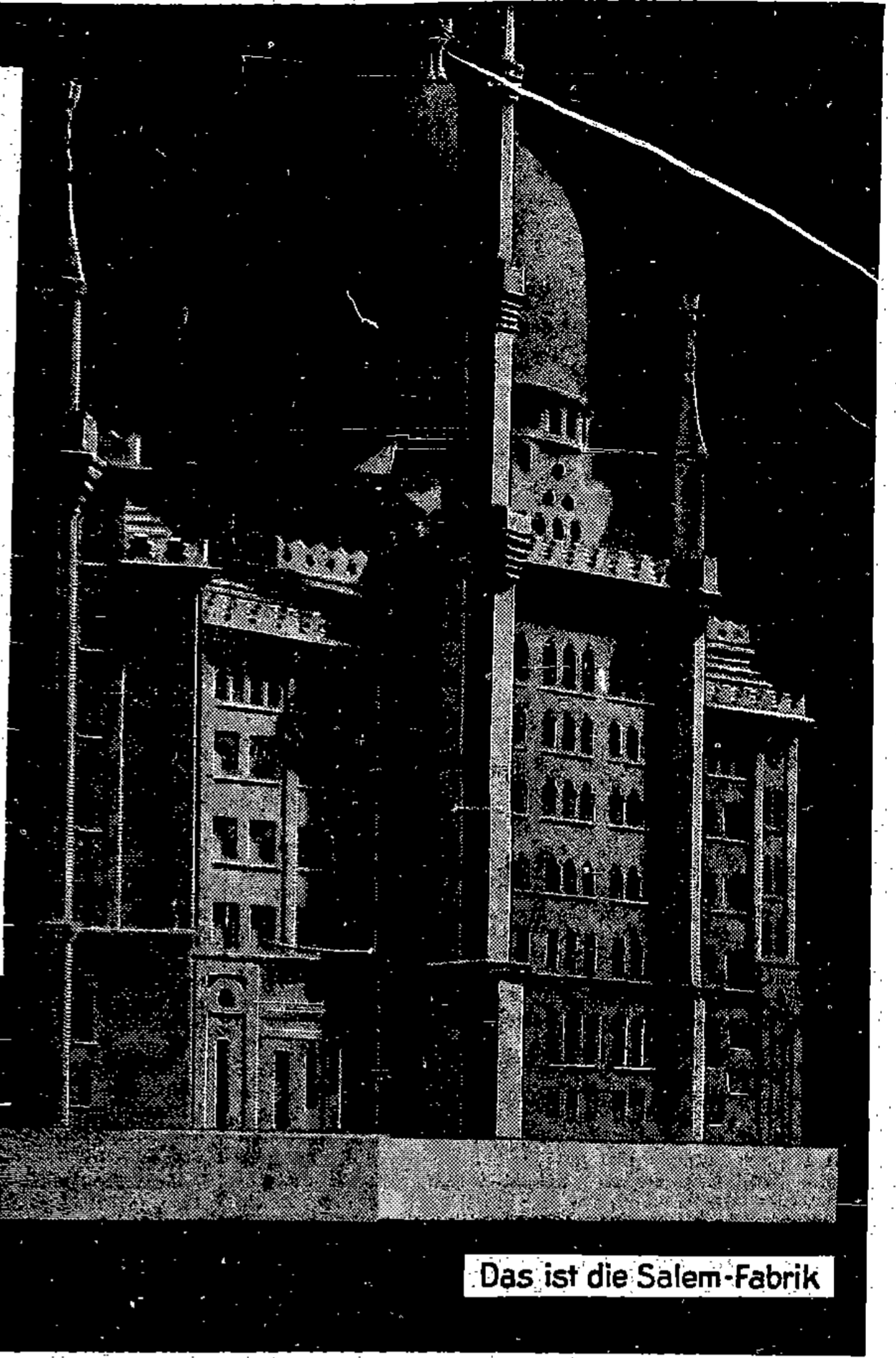
# In Salem

sieht der Raucher das Musterbeispiel der Qualitäts-Zigarette überhaupt. Salem ist die führende deutsche Marke. Das verpflichtet und ist zugleich Garantie für die Erhaltung und Steigerung dieses kostbaren Gutes.

## Die milde SALEM

mit Gold-Film-bildern in natürlicher Farbwiedergabe.

31  
33



Das ist die Salem-Fabrik

**Über 10000 Familien**  
haben sich schon unsere **3175** Zigaretten gekauft.  
**Deutsch-Loske-Schulkes**  
München, E. 27, Rosenstraße 11

**Billige böhmische Bettfedern**  
Nur reine gefüllte Sorten —  
für 1/2 Gramm geschlossene 2 1/2, 3, 3 1/2, halbweiße Mk. 2,—, weiße Mk. 4,—, bessere Mk. 5,— 6,—, Gänsefedern Mk. 7,—, 8,—, beste Sorte Mk. 10,— 12,—, weiße ungeschl., Kupffedern Mk. 6,50, 7,50, beste Sorte Mk. 9,50.  
Versand franko zollfrei, gutes Nachb.  
Muster frei. Umbruch und Rücknahme gestattet.  
Benedikt Sackel, Lobes 34, bei Pilsen, Böhmen

**Arbeitsanzüge**  
für jede Jahreszeit  
MERGLER & CO  
WÜRZBURG 104

**Betten**  
Kauf bei den  
Insertanten  
unsres Blattes

**Soeben erschienen!**  
**Die Vorschriften zur Auflockerung des Tarifrechts**  
Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung u. Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 und Durchführungsverordnungen des Reichsarbeitministers nebst Erläuterungen.  
von E. Kärig und Dr. E. Frankel, Berlin  
56 S. Preis für Mitglieder des DMV 90 Pfg. Im Buchhandel beträgt der Preis 1,50 RM  
Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbands GmbH, Berlin SW 68

**Großer Preisabstoß! Billige böhmische Bettfedern!**  
1 Pfund große, gute, geschlossene Bettfedern 60 Pfg., bessere Qualität 80 Pfg., halbweiße, Dunsmenge 1 M, 1 M 20, weiße, Dunsmenge geschlossene 1 M 20, 2 M 20, 3 M, beste, geschlossene halbweiße Dunsmenge 3 M, 4 M, 5 M, Kupffedern, ungeschl., mit Feder, geschl., 1 M 20, 1 M 25, weiß 1 M 25, weiß, ungeschl. Dunsmenge 2 M 25, 3 M 25, 4 M 25.  
Muster gratis. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfd. an auch portofrei. Nichtpostend wird angenommen od. Geld zur S. BEHSCH in PRAG XL, AMERICA ULICE NR. 68, BÖHMEN.

**Die erfolgreichen und bewährtesten**  
**Herbstkuren**  
mit **Spezialpräparat**  
**Serbarin-Sträucherfrüchteln**  
Dieses Präparat ist das wirksamste Mittel gegen alle Herberkrankungen, die durch die Herbstkuren entstehen. Es enthält alle die wertvollen Bestandteile der Herbstfrüchte und ist in Form von Tabletten leicht zu nehmen.  
Preise: 1/2 RM, 1 RM, 2 RM, 3 RM, 4 RM, 5 RM, 6 RM, 7 RM, 8 RM, 9 RM, 10 RM, 12 RM, 15 RM, 20 RM, 25 RM, 30 RM, 40 RM, 50 RM, 60 RM, 70 RM, 80 RM, 90 RM, 100 RM.  
Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbands GmbH, Berlin SW 68

**Die beliebtesten Taschen-Kalender des DMV**  
**Metallarbeiter-Kalender - Formar-Kalender - Installateur-, Klempner- u. Kupferschmiede-Kalender - Jugend-Kalender**  
Für das Jahr 1933 sind erschienen.  
Preis 80 Pfg., Jugend-Kalender 70 Pfg. Im Buchhandel 1,30 u. 1,50 RM  
Verlagsgesellschaft des DMV Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148-150

**JOSEF WITT WEIDEN OPF**  
**der Welt größtes Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken**

**4000** Arbeiter und Angestellte in eigenen Betrieben  
**30000** Spinn- und Webmaschinen  
**105000** Web- und Spinnmaschinen  
**80000** Web- und Spinnmaschinen

**1 Million** Warensendungen haben meine alten **350000** Kunden im letzten Jahre nachbestellt.  
Warum haben diese ungeheuren Massen meiner Kunden, nachdem sie meine Waren gesehen hatten, wiederholt meine Waren nachgekauft? — Ihre Antwort wird mir auf diese Frage sehr interessant und besonders erwünscht!

<b>20</b> Vorhangstoffe	<b>12</b>	<b>10</b> Weißes Hemden	<b>10</b>
<b>22</b> Baumwollgewebe	<b>14</b>	<b>12</b> Hemdenstoffe	<b>20</b>
<b>24</b> Ringelbänder	<b>28</b>	<b>14</b> Hemdenstoffe	<b>55</b>
<b>26</b> Ringelbänder	<b>50</b>	<b>16</b> Hemdenstoffe	<b>1,—</b>
<b>28</b> Ringelbänder	<b>11</b>	<b>18</b> Hemdenstoffe	<b>2,75</b>

**Josef Witt, Weiden 84 Opf.**  
Das Welt größte Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken.  
T 100

Anzeigenverwaltung „Weser“ G.m.b.H., Berlin SW 11, Seestraße 48 — Postfach 10000 Berlin SW 11 — Druck und Verlag: „Weser-Dietrich“, Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW 11 — Druck und Verlag: „Weser-Dietrich“, Berlin — Druck und Verlag: G.m.b.H., Berlin SW 11, Seestraße 48 — Druck und Verlag: „Weser-Dietrich“, Berlin